

you can't evict
solidarity

CANDY

Stimmen der Solidarität gegen Grenzregime,
Rassismus und Repression

voices of solidarity against border regime,
racism and repression

Kampagne für Grenzenlose Solidarität mit
migrantischen Kämpfen an den EU-Grenzen

campaign for solidarity without borders with
migrant struggles at the EU borders

cantevictsolidarity.noblogs.org // 2, 1/2019

Wer wir sind und was wir wollen... you can't evict solidarity!

Ihr haltet unsere zweite Broschüre in den Händen. Wir haben die Antirepressionskampagne „You can't evict solidarity“ haben im Sommer 2016 als Reaktion auf die Räumungen solidarischer Hausbesetzungen in Thessaloniki gestartet. Der Fokus der Kampagne liegt auf der Unterstützung von Menschen, die nach z.B. Widerstandshandlungen in antirassistischen Kämpfen an den EU-Grenzen von staatlichen Repressionen betroffen sind. Wir sammeln Spenden um Anwalts- und Gerichtskosten für Betroffene zu bezahlen, begleiten Gerichtsprozesse vor Ort oder von Deutschland aus solidarisch, schaffen Öffentlichkeit zur aktuellen Situation an den EU-Grenzen gehalten und bauen eine transnationale Vernetzung und Zusammenarbeit mit Betroffenen und lokalen Initiativen auf. In dieser Broschüre sollen kritische und selbstbestimmte Texte Platz finden von Menschen, die nicht länger ein Migrationsregime mittragen wollen, das kategorisiert, unterdrückt und ausbeutet, sondern die für eine grenzenlos solidarische Gesellschaft kämpfen. Die Artikel erscheinen in Englisch und Deutsch. Wir freuen uns über Texte in allen Sprachen für die nächste Ausgabe. Ihr erreicht uns unter cantevictsolidarity@riseup.net oder auf unserem Blog cantevictsolidarity.noblogs.org. Viel Spaß mit der Broschüre. Our passion for freedom is stronger than their prisons!

impressum:
email: cantevictsolidarity@riseup.net
blog: cantevictsolidarity.noblogs.org
auflage: 500



Alle Bilder außer die von Bosnien sind aus einer Ausstellung zu Ventimiglia von no border no problem, alle Zeichnungen von T. aus Göttingen

All photographs apart from those from Bosnia are from an exhibition on Ventimiglia of no border no problem, all drawings by T. from Göttingen

Who we are and what we want... you can't evict solidarity!

You are holding the second brochure in your hands. We launched the anti-repression campaign 'You can't evict solidarity' initially in the summer of 2016 as a reaction to the evictions of solidarity squats in Thessaloniki. The campaign is focussing on supporting people who are affected by state repression after fighting in anti-racist struggles to self-determination on the EU borders. We are collecting money for those affected to pay lawyers and court costs, are accompanying and monitoring court cases in the courts or from afar but always with solidarity and publicity work to raise awareness on cases otherwise silenced. We are trying to raise awareness for the current situations along the EU-borders and are networking and cooperating transnationally with those affected and with local initiatives. In this newspaper there will be place for critical and self-determined texts written by people who no longer want to go along with a migration regime that categorizes, oppresses and exploits, but who fight for a society in solidarity without borders. The articles are in German and English. We are looking forward for articles for our next brochure. You can contact us via emailcantevictsolidarity@riseup.net or on our blog cantevictsolidarity.noblogs.org. Have fun with the brochure. Our passion for freedom is stronger than their prisons!

Aktuelles – kurz berichtet	4
Current issues – briefly reported	5
Was ist los an Europas Grenzen?	7
What is going on at Europe's borders?	8
Sackgasse oder Ausweg? Momentaufnahmen von Bosnien im April 2019	8
Deadend or alternative? Snapshots from Bosnia in April 2019	11
„Unsichtbare Migration“ in Mazedonien	14
'Invisible migration' in Macedonia	15
Bulgarien ist dabei einen politischen Flüchtling in die Türkei abzuschieben	16
Bulgaria is about to deport a political refugee to Turkey	17
„Sie werden dich verfluchen...“ – Interview mit „M“, in Thessaloniki lebende LGBTIQ* Person aus Iraq/Kurdistan	18
'They will swear you...' – Interview with "M", LGBTIQ+ person from Iraqi Kurdistan, living in Thessaloniki	20
Sarkastischer Freispruch gegen Protestler_innen nach rechtsextremen Angriffen auf Lesbos	22
Sarcastic acquittal for protesters after attacks from right-wing extremists on Lesbos	24
Freispruch für die „Moria 8“!	25
Acquittal for the 'Moria 8'!	26
Der Tod der Träume – Eine Stimme aus dem Gefängnis auf Chios	26
Death of dreams – a voice from the prison at Chios	29
Ellwangen und Donauwörth – zwei Symbole für solidarischen Protest	30
Ellwangen and Donauwörth – two symbols for solidarity protest	32
Ein Brief von K. aus Göttingen: Woher kommst du?	33
A letter from K. from Göttingen: Where are you from?	34
Ventimiglia im Jahr 2019:	
„Aus humanitärer Sicht ist das, was ihr tut, sehr wertvoll. Aber leider ist es nun mal gesetzlich verboten.“	36
Ventimiglia in the year 2019:	
'From a humanitarian point of view, it is very valuable what you are doing. But sadly it is against the law.'	38
Interview: Ceuta. Zurück ins Niemandsland.	40
Interview: Ceuta. Back to no-mans-land.	41
Frontex auf neuer Mission: Die neue Verordnung vereitelt Menschenrechte	42
Frontex on a new mission: The new regulation thwarts human rights	45
Mehr Infos und Solidaritäts-Netzwerk	47
More Infos and solidarity network	47

Die nicht-endende Inhaftierung von Ahmed H. in Ungarn

Im September 2015 wurden bei Protesten gegen die Grenzschießung Ungarns an der ungarisch-serbischen Grenze bei Röszke elf Geflüchtete willkürlich aus der Menge heraus verhaftet und u.a. wegen Terrorismus und illegalem Grenzübertritt angeklagt. Im November 2016 wurde einer von ihnen, Ahmed H. aus Zypern, zu 10 Jahren Haft verurteilt. Durch Solidaritätsarbeit und Proteste konnte dieses Urteil in den nächsten Instanzen gekippt und auf 5 Jahre verringert werden. Seine Freilassung wurde für das Frühjahr 2019 erwartet, aber da sich Zypern weigert ihn zu seiner Familie zurückkehren zu lassen, bleibt er in Abschiebehaft in Ungarn.

Solidaritätsaufruf für kurdischen politischen Flüchtling Ilhan Karabag

Aufruf der Antifa Bulgarien

Ilhan Karabag ist ein kurdischer politischer Flüchtling, der mit der Abschiebung in die Türkei bedroht ist. Ilhan ist ein Kurde, der seit drei Jahren in Bulgarien lebt und hier Asyl beantragt hat. Am 1. März 2019 hat die Polizei ihn festgenommen, nach einer Abschiebungsforderung der türkischen Regierung. Diese wirft ihm vor, einer militanten kurdischen Organisation, die in der Türkei verboten ist, anzugehören. Er ist keines Verbrechens angeklagt, außer ein politisch aktiver Kurde zu sein. Ilhan ist jetzt seit mehr als zwei Monaten in Haft. Am 28. Mai entscheidet das Gericht über seine Abschiebung. Seine mögliche Deportation würde in unmittelbarer Verhaftung enden, da Ilhan in der Türkei wegen seiner Zugehörigkeit zu der Gruppe, die dort als „terroristische Organisation“ bezeichnet wird, zu 6 Jahren und 3 Monaten Haft verurteilt ist. Bedauerlicherweise ist das nicht der erste vergleichbare Fall in Bulgarien. Die bulgarische du türkische Regierung arbeiten in der Migration eng zusammen und zahlreiche kurdische Asylsuchende wurden schon nach einfacher Anforderung der türkischen Regierung abgeschoben. Die bulgarischen Medien

schweigen über diese Angelegenheit, weshalb es jetzt einen internationalen Aufruf für solidarische Aktionen gibt.

FREIHEIT FÜR ILHAN KARABAG! STOPPT DIE ABSCHIEBUNGEN VON KURD_INNEN IN DIETÜRKEI!

Proteste an der Grenze bei Diavata

Anfang April 2019 gab es in Nordgriechenland Mobilisierungen an die griechisch-mazedonische Grenze. Hunderte Menschen errichteten in der Nähe von Diavata bei Thessaloniki ein Protestcamp und machten sich in mehreren Karawanen auf den Weg, mit dem Ziel die Grenze zu überqueren. Die Politiker*innen europäischer Staaten gerieten in Panik, Medien schrieben bereits ein drohendes „neues Idomeni“ herbei. Der griechische Staat versuchte dies mit allen Mitteln zu verhindern. So wurde der Athener Hauptbahnhof geschlossen um Menschen an der Weiterreise Richtung Norden zu hindern. Dazu griffen Hunderte Polizist*innen die Karawanen der protestierenden Menschen in Diavata mit Tränengas an, es gab Verletzte, einzelne Menschen wurden verhaftet. Drei Tage später löste sich das Camp auf. Einer der Auslöser der Proteste war, dass der griechische Staat Geflüchtete aus den Unterkünften werfen wird, die länger als 6 Monate dort gelebt haben. Außerdem wird es massive Kürzungen in den Sozialleistungen für Geflüchtete geben.

Die Letzten der „Harmanli 21“ sind frei!

Am 25. Januar 2019 sind die letzten vier afghanischen Migrant_innen der Harmanli 21 endlich unter Bewährung freigekommen! Das Camp in Harmanli in Bulgarien wurde 2014 als ein offenes Empfangszentrum mit grundlegender Versorgung gebaut. In 2016 fehlte heißes Wasser, grundlegende sanitäre Anlagen und medizinische Hilfe. Am 2.10.2016 marschierten Nationalist_innen, darunter die Abgeordneten Angel Dzambazki und Magdalena Tasheva und der aktuelle Verteidigungsminister Krasimir Karachanow, durch die kleine

Stadt und forderten den Umbau des offenen Camps in ein Gefängnis und dass die Migrant_innen nicht herausgelassen werden sollen.

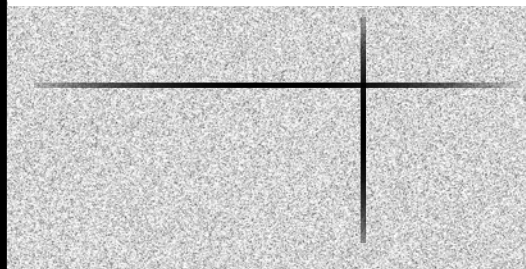
Eine der genannten Begründungen waren „Krankheiten“, die vermeintlich durch die Refugees verbreitet wurden. Einen Monat später wurde das Camp vom Staat unter Quarantäne gestellt und die Einwohner_innen komplett eingesperrt.

Die Migrant_innen, eingesperrt ohne jegliches Recht das Camp zu verlassen, protestierten am 22.11.2016, indem sie Barrikaden bauten und Steine auf die Polizei warfen. Es wurde mit Gendarmerie gegen sie angegangen, welche ihre neuen Wasserwerfer nutzten. Später führte die Polizei eine Razzia im Camp durch und schlugen brutal und wahllos auf hunderte der Migrant_innen in ihren Räumen und Betten ein. Allein im afghanischen Teil waren 125 teilweise sehr ernst verletzte Menschen. 21 wurden dem Gericht vorgeführt, trotz der klaren Beweise der Polizeigewalt und wahllosen Massenschlägerei nach dem Aufstand. Kein_e Polizist_in wurde überprüft.

Beitrag erstmals in Bulletin 2, 2.2019 veröffentlicht

ten der Justiz bereits die Überstellung ins Abschiebegefängnis PAZ vorbereitet.

Die drei weiteren Angeklagten wurden zu mehrmonatigen Haftstrafen ohne Bewährung verurteilt. Das Urteil blieb allerdings weit hinter den Forderungen des Staatsanwalts zurück: Die Verurteilten wurden weder für Brandstiftung, noch für vorsätzliche, sondern für fahrlässige Sachbeschädigung, Gemeingefährdung und Körperverletzung schuldig gesprochen.



Current issues - briefly reported

The neverending imprisonment of Ahmed H. in Hungary

In September 2015, eleven people were arbitrarily arrested from among the crowd in protests against the closure by the Hungarian side of the Hungarian-Serbian border near Rösztke and charged, among other things, with terrorism and illegal border crossing. In November 2016, one of them, Ahmed H. from Cyprus, was sentenced to 10 years of imprisonment. Through solidarity work and protests, this sentence could be overturned in the next judicial procedures and reduced to 5 years. His release was finally expected for the beginning of 2019, but as Cyprus refuses to let him return to his family he stays in detention center in Hungary.

Angeklagte PAZ Hernals 6 in Wien verurteilt

Am 14. September 2018 brannte es im Abschiebegefängnis (PAZ) am Hernalser Gürtel in Wien. Eine Zelle war als Widerstand gegen Inhaftierung und bevorstehende Abschiebungen angezündet worden.

Am 23. März 2019 gegen 18 Uhr wurde am Wiener Landesgericht der Prozess gegen die sechs Angeklagten wegen des Brandes im Polizeianhaltezentrum Hernalser Gürtel fortgesetzt und schließlich ein Urteil gefällt.

Nach über sechs Monaten in Untersuchungshaft endet für drei der Verurteilten der Strafprozess mit Haftstrafen auf Bewährung. Allerdings wird von Sei-

Call for solidarity in support of kurdish political refugee Ilhan Karabag

Call by Antifa Bulgaria

Ilhan Karabag is a Kurdish political refugee who is threatened with deportation to Turkey. Ilhan is a Kurd who has been living in Bulgaria for three years and has applied for asylum here. On March 1st

of 2019 the police detained him, responding to a request for deportation by the Turkish government, which accuses him of belonging to a Kurdish militant organization banned in Turkey. He is not accused of any crime apart from being a politically active Kurd. Ilhan has been in detention for more than two months now and on May 28th the court decided on his deportation. His eventual deportation would result in his immediate incarceration, as Ilhan has been sentenced in Turkey to 6 years and 3 months in jail for his membership in what Turkey considers a terrorist organization. Unfortunately, this is not the first case of this kind for Bulgaria. The Bulgarian and the Turkish governments are in close collaboration on immigration and several Kurdish asylum seekers have already been deported upon simple request by the Turkish government. Bulgarian media keeps silent about these cases, this is why there now is an international call for solidarity actions.

FREE ILHAN KARABAG! STOP DEPORTATIONS OF KURDS TO TURKEY!

Protests at the border in Diavata

In the beginning of April in 2019 in the North of Greece there were mobilizations towards the Greek-Macedonian border. At Diavata, near Thessaloniki, hundreds of people built a protest camp and started their way in several caravans with the goal to cross the border. Politicians from the European states were panicking, and the media was talking about the threaten of a “new Idomeni”. The Greek state tried everything to stop this. For that, the main station in Athens was closed to hinder people from travelling North. Additionally, hundreds of policewomen attacked the caravans of the protesters in Diavata with tear gas, there were injured people, some were arrested. Three days later, the camp was disbanded. One of the triggers for the protests was the fact, that Greece will kick out refugees, who lived there longer than six months, from their accommodations. Also, there will be massive reductions in the social support for refugees.

Last of the „Harmanli 21“ released!

On January 25, 2019, the last 4 afghani migrants of the Harmanli 21 were convicted conditionally and are finally out! The camp in Harmanli, Bulgaria, was built in 2014 as an open reception centre, with basic living conditions. By 2016, hot water, basic sanitary facilities and medical help were absent. On 02.10.2016 nationalists, among whom MEP Angel Dzambazki, the current minister of defence – Krasimir Karachanov and MP Magdalena Tasheva, marched through the small town demanding the open camp to be turned into a prison and the migrants not to be let out. One of the reasons quoted were “diseases” that allegedly were spread by the migrants. A month later, the state put the camp in full quarantine, completely imprisoning all of its inhabitants. The migrants, now imprisoned without any right to leave the camp, rebelled on 22.11.2016 building barricades and fighting the police with stones. Against them was mobilized the gendarmerie, which got to try its new water canon. However, later on the police raided the camp and brutally and indiscriminately beat hundreds of migrants in their rooms and beds. Only in the Afghan wing the injured, among whom several very seriously, were 125. 21 were sent to court despite the clear evidence of the police brutality and the random mass beatings after the riot. No policeman was investigated.

Article published first in Bulletin 2, 2.2019

Accused PAZ Hernals 6 in Vienna are convicted

On the 14th of September in 2018 there was a fire in the deportation prison at the Hernals Gürtel in Vienna. A cell was set fire as resistance against imprisonment and upcoming deportations.

On the 23rd of March in 2019 at about 6pm the trial at the Circuit Court in Vienna in the process against the six accused of the fire in the deportation prison Hernals Gürtel continued. A decision was made by the court.

After more than six months of custody for three of the accused the trial ended with suspended sentence with probation. Although, the legal authorities are

preparing the committal in the deportation prison PAZ.

The other three accused were sentenced to several months imprisonment without probation. This decision is still much less what the public prosecutor demanded: The sentenced were neither sentenced for arson or for willful vandalism, but negligently, threat of the public welfare and bodily harm.

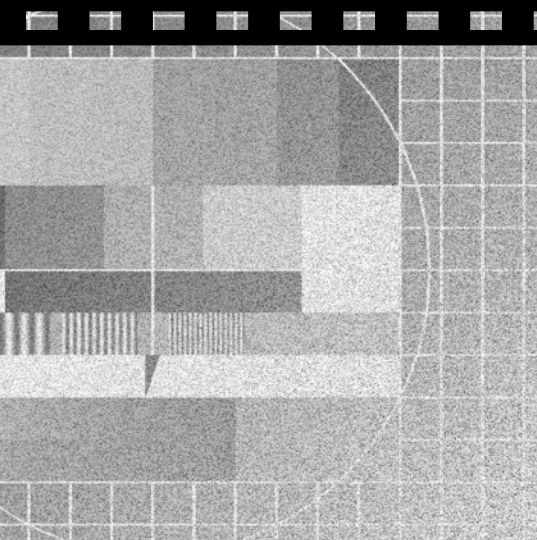
Was ist los an Europas Grenzen?

Geschichten von Flucht und Gewalt...

Grundsätzlich beobachten wir europaweit, dass die staatliche und EU-Politik gegenüber Menschen auf der Flucht, Unterstützer*innen und Alternativen zu staatlicher Migrationskontrolle immer repressiver wird. Diese Abschottungspolitik zwingt Menschen dazu, den gefährlichen Weg über das von Frontex überwachte Mittelmeer zu nehmen. Dabei starben allein 2018 über 2000 Menschen. Dazu sind die Grenzen zwischen den europäischen Staaten streng kontrolliert und hoch militarisiert. So werden Geflüchtete von Polizei und Militär mit modernster Technik aufgespürt, mit Gewalt am Grenzübergang gehindert und ohne Rechtsgrundlage inhaftiert. Es wurden bereits Flüchtende erschossen, wie 2015 an der Grenze zwischen Bulgarien und der Türkei. Trotz alledem nehmen viele Menschen neue, gefährvolle Wege auf sich. Viele werden daraufhin unter menschenunwürdigen Bedingungen in sogenannten „Hotspots“ wie auf den griechischen Inseln Chios, Lesbos und Samos, faktisch inhaftiert, da diese seit dem EU-Türkei-Deal für Geflüchtete zu Gefängnissen geworden sind. Andere Menschen sitzen an den Grenzen in Velika Kladusa (bosnisch-kroatischen Grenze) oder in Ventimiglia (italienisch-französischen Grenze) fest, wohnen teilweise auf der Straße oder werden illegal zurückgeschoben.

...von Widerstand und Repression

Gegen diese tödliche Politik und das EU-Grenzregime regt sich Widerstand, wann immer Menschen gegen Inhaftierung, für offene Grenzen und für ihre Rechte kämpfen. So gab es ein Protestcamp von Geflüchteten bei Velika Kladusa im Herbst 2018, ein Protestmarsch bei Diavata in Nordgriechenland in 2019, sowie unzählige Proteste von Geflüchteten in den Lagern auf den griechischen Inseln und überall an europäischen Grenzen und in Städten. Diese Proteste werden meistens gewaltvoll beendet, die Protestierenden abgeschoben oder inhaftiert, wie in den Fällen von Ahmed H. in Ungarn, der Betroffenen in Moria auf Lesbos, sowie der PetrouRalli8 in Athen und der Harmanli21 in Bulgarien. Aus der Not besetzte Häuser werden wie in Thessaloniki im Sommer 2016 geräumt. Zusätzlich werden solidarische Aktivist*innen durch neue Gesetze mit hohen Haftstrafen wegen „Schleuserei“ konfrontiert, wie im Herbst 2016 in Kroatien. Gleichzeitig kriminalisiert die EU solidarische Seenotretter*innen, wie „Jugend rettet“ oder „Sea Watch“, die mit ihren Schiffen mit Geretteten nicht in europäischen Häfen anlegen dürfen.



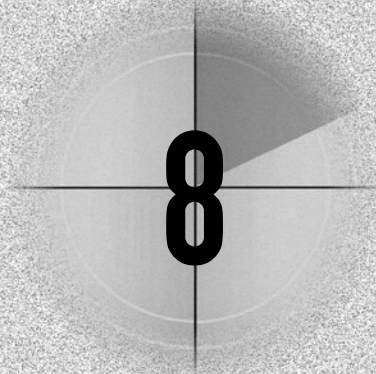
What is going on at Europe's borders?

Stories of flight and violence...

Generally we can observe throughout the whole of Europe that state and EU policies are becoming increasingly repressive towards people on the move, their supporters and any alternative structures to state migration control developed by civil society. This policy of isolation forces people to take dangerous routes, such as across the Frontex surveilled Mediterranean Sea. In 2018 alone over 2000 people died. In addition, the borders between the European states are strictly controlled and highly militarized. Refugees are tracked down by the police and military using the latest technology, prevented from crossing the border by force and imprisoned without any legal grounds. At the Bulgarian-Turkish border Refugees have already been fatally shot in 2015. Despite all this, many people are taking on new, dangerous paths. As another form of violent repression towards those seeking safety, many of them are imprisoned under inhumane conditions in so-called "hotspots" such as the Greek islands of Chios, Lesbos and Samos. These places have become prisons for refugees since the EU-Turkey deal. Other examples for spots where people are stuck at the borders are Velika Kladusa (Bosnian-Croatian border) or in Ventimiglia (Italian-French border). Here people are often stuck in stagnation, living on the streets or are illegally deported back.

...of resistance and repression

People fight against their imprisonment, for open borders and for their rights: they are resisting this deadly policy and the EU border regime. There was a refugee and migrant protest camp at Velika Kladusa in autumn 2018, a protest march at Diavata in Northern Greece in 2019, and countless people protested in camps on the Greek islands and across European borders and cities. Mostly these protests are violently ended, the protesters deported or imprisoned, as in the cases of Ahmed H. in Hungary, the people in Moria on Lesbos, as well as PetrouRallis in Athens and Harmanli21 in Bulgaria. Self-organized housing in squats is violently evicted, as happened in Thessaloniki in the summer of 2016. In addition, also solidarity activists are confronted by new laws with high prison sentences for "people smuggling/human trafficking" like in autumn 2016 in Croatia. At the same time, the EU is criminalising solidarity sea rescue workers such as "Jugend rettet" or "Sea Watch", who are not allowed to dock their ships with rescued persons in European ports.



Sackgasse oder Ausweg? Momentaufnahmen von Bosnien im April 2019

Anmerkung des Autors: Dies ist eine Zusammenstellung von Informationen zur Situation in Bosna i Hercegovina (BiH). Sie basiert auf Gesprächen mit Aktivist_innen vor Ort, Berichten von NGOs, offiziellen Statistiken und Presseberichten. Ich habe keinen journalistischen Anspruch,

sondern versuche Informationen und Eindrücke zu vermitteln.

Bosnien liegt auf der sogenannten Westbalkan-Route. Doch durch seine Landschaft und Landminen wurde es erst nach Schließung der Grenzen zwischen Serbien, Ungarn und Kroatien zu einem Durchreiseland. Vom nordwestlichsten Teil des Landes, dem Kanton Una Sana sind es nur noch 80 km bis nach Slowenien und somit Schengen-Raum. Seit dem Frühjahr 2018 wählten immer mehr Menschen diesen Weg in Richtung EU. Im gesamten Jahr 2018 wurden 23.848 Menschen registriert, wie IOM berichtet. Dies waren 20-mal so viele wie im Jahr 2017. Diese Verlagerung der Route zeigt sich auch in den aktuellen Zahlen, über 60 % aller Geflüchteten auf dem Westbalkan halten sich in BiH auf.

Die meisten dieser Geflüchteten sind im Nordosten, in der Gegend der Städte Bihać und Velika Kladuša. Zuerst stoppten viele Menschen in verlassenen Häusern und wilden Camps, bis NGOs und der Kanton begannen, Kontrolle zu übernehmen. Über den Winter wurden weitere Camps etabliert, teilweise wurden Menschen dort gegen ihren Willen einquartiert. Die Bedingungen in den Camps, die meistens außerhalb der Städte liegen, sind sehr unterschiedlich: überfüllte Lagerhallen, verfallene Studentenwohnheime, Container für kleine Gruppen oder ehemalige Unterkünfte für die Kriegsflüchtlinge der 90er Jahre. In den größeren Camps fehlt es an Sicherheit, Hygiene, Privatsphäre und Verpflegung. Außerdem sind sie sehr voll. All dies wurde zum Beispiel von Are You Syrious dokumentiert. Gerade mit dem Einsetzen des Frühlings zieht es die Menschen in die Nähe der Grenze, sie wollen nicht in der Hauptstadt Sarajevo im Zentrum sein. Wie NoNameKitchen, eine NGO, welche sowohl in Italien, Serbien und im Norden Bosniens in Velika Kladuša aktiv ist, aktuell berichtet, wählen hunderte Geflüchtete lieber in verlassenen Häusern auszuharren statt zusammengepfercht und überwacht zu sein.

Denn mit dem Frühling werden die Voraussetzungen für das sogenannte „Game“ besser. So wird von Geflüchteten der Versuch bezeichnet, die grüne Grenze zu überqueren. Kein Schnee und schlechte Witterung erschweren das Wandern, Blätter geben Deckung und es wird keine schwere, warme Kleidung mehr benötigt. Laut inoffiziellen Berichten steigt die Zahl der Ankünfte, sie haben sich zum Vorjahr

verdreifacht. Seit Jahresbeginn sollen bereits 3.500 Personen neu in BiH angekommen sein.

Da die Gesamtzahlen gleichbleibend sind, scheinen ebenso viele weiter zu reisen. Der im März von NoNameKitchen, [RE:]ports Sarajevo und BVM veröffentlichte Border Violence Report gibt eine Übersicht der Berichte seit Juni 2018, die Anzahl der Berichte von illegalen Pushbacks ist gleichbleibend, trotz erhöhter Teilnahme am „Game“. Allerdings sehen die Autor_innen einen Zusammenhang zwischen dünnerer Kleidung und brutaleren Verletzungen. Insgesamt haben sie Berichte über 1.743 illegale und gewalttätige Pushbacks aus Kroatien, Slowenien und Italien gesammelt. In 347 Vorfällen wurden Menschen über zwei Grenzen abgeschoben, ohne Prüfung ihres Anspruchs auf Asyl. Dabei werden sie nicht an die bosnische Polizei übergeben, sondern zu Fuß, ohne Geld, Handy, Dokumente und Schuhe zurückgeschickt.

Die kroatische Polizei wird dabei von Frontex unterstützt. Seit Juli letzten Jahres sind Flugzeuge 100 Stunden im Monat zur Überwachung der EU-Außengrenze als Teil der Multipurpose Aerial Surveillance (MAS) in der Luft. Und das, obwohl sich die Zahl der illegalen Grenzübertritte im Westbalkan bereits in der ersten Hälfte 2018 um 60 % zum Vorjahr verringert hat. Zudem investiert Frontex grade 100.000 Euro in mobile Büros in Bosnien. All dies ist auf der Internetseite von Frontex zu finden.

Die bosnischen Beamten versuchen ihrerseits, die Geflüchteten außerhalb ihres Landes zu halten, wie die Zunahme von Berichten über Pushbacks nach Montenegro (MNE) belegen. Zudem wurde verlautet, dass Bosnien seine 600 km lange Grenze nach MNE und Serbien schließen will. Die Regierung Ungarns will dabei helfen und hat angekündigt, 60 Grenzbeamten_innen zur Unterstützung zu schicken, ähnlich wie sie es in Kroatien und (Nord-)Mazedonien getan hat. Aktivist_innen vor Ort sprechen bereits jetzt von einem überwältigenden Anstieg an Geflüchteten in MNE nahe der Grenze zu Bosnien.

Aber auch innerhalb Bosniens kommt es gewissermaßen zu Pushbacks. Seit den Protesten der Bevölkerung in Bihać Ende 2018 gegen die miserable Unterbringung der Geflüchteten und die damit einhergehenden Probleme versucht die Kantonregierung die Menschen außerhalb der Städte und des Kantons zu halten.

Bosnien ist seit dem Krieg in zwei Teilstaaten, Entitäten, gegliedert; die Föderation Bosnien und Herzegowina und die Republika Srpska. Die Republika Srpska ist zentralistisch, mehrheitlich serbisch, umfasst 49 % der Fläche und viele der Bewohner sind loyal zum Staat Serbien. Häufig wird berichtet, dass Geflüchtete unbehelligt von Polizist_innen der Republika Srpska die Grenze nach BiH übertreten können, weil sie dann kein Problem Serbiens mehr sind. Die meisten Geflüchteten halten sich in den Kantonen Una Sana und Sarajevo auf. Die Föderation Bosnien und Herzegowina besteht aus zehn Kantonen. Davon sind drei mehrheitlich kroatisch und fünf sind mehrheitlich bosniakisch. Die Kantonregierungen sind in vielen Bereichen autonom. So wurde eine „Una Sana Cantonal Migration Task Force“ gegründet, die neue, eigene Regelungen ausarbeitete und Forderungen an die Regierung stellte. Menschen wird verboten, sich frei zu bewegen; sie dürfen nicht mehr in Läden, Parks, Restaurants gehen und werden in Camps gebracht. Hauptsächlich Männer werden in Richtung Sarajevo geschickt, Busfahrer_innen werden dazu angehalten, nach Norden reisende Migrant_innen zu melden. Außerdem finden vermehrt Kontrollen von Autos und Taxis statt. Einige Geflüchtete bezeichnen nach Norden zu kommen selbst als „Game“. So wird scheinbar nach anderen Routen gesucht. Einige versuchen es über Mostar in Herzegowina im Südwesten des

Landes oder über den Nordosten durch die Republika Srpska. Auch Bosnier_innen, die versuchen zu helfen, werden zum Ziel der Polizei, ebenso wie internationale freiwillige Helfer_innen. Die Polizei kontrolliert vermehrt die Papiere von Freiwilligen und hat die Arbeit von NoNameKitchen verboten, unter der Androhung, sie des Landes zu verweisen. Aus den Berichten der Aktivist_innengruppe ging hervor, dass die Angst vor straftätigen Migrant_innen durch lokale Politiker_innen geschürt wird. Zu Anzeigen oder Schikanen gegen Aktivist_innen wie in Ungarn oder Serbien ist es aber noch nicht gekommen.

Doch stetig scheint sich die politische Lage für Geflüchtete zu verschlechtern: Der bosnische Sicherheitsminister Dragan Mektic warnte im März vor einer „Eskalation des Migrationsproblems“. Bereits im Dezember behauptete der Repräsentant von IOM in Bosnien, Peter Van der Auweraert, im Interview, dass 85 % der Geflüchteten Wirtschaftsmigrant_innen seien. Auch der ehemalige Präsident der Republika Srpska Milorad Dodik orientierte sich an Viktor Orban und schürte im Wahlkampf 2018 Ängste vor muslimischen Migrant_innen als Gefahr für die orthodoxen Serb_innen. Dodik ist nun Mitglied des dreiköpfigen Staatspräsidiums.

Die EU gibt 9 Millionen Euro an BiH für die Versorgung von Geflüchteten und freut sich, die Verantwortung abwälzen zu können. Auch scheint Bos-



nien wieder ein Schauplatz vieler unterschiedlicher Interessen der internationalen Politik zu sein. Die Saudis versuchen bereits seit den 90ern, ihre Vorstellung vom Islam zu etablieren und Einfluss zu nehmen, derzeit boomt der Tourismus von der arabischen Halbinsel. Während Erdogan sich um die muslimischen Bosniak_innen bemüht und bei einer Wahlkampfveranstaltung in Sarajevo auftritt, wendet sich Putin den orthodoxen Serb_innen unter anderem mit Förderung der Polizei zu. Mit Unterstützung aus Zagreb fordern die bosnischen Kroat_innen eine eigene Entität ein. Zudem unterstellt die kroatische Regierung, Bosnien sei ein Hafen islamistischen Terrors. Auch die Republika Srpska befindet sich im „Kampf gegen den Terrorismus“ und investiert in Waffen für ihre Polizei. Die Gleichsetzung von Terrorismus und Geflüchteten kennen wir von unseren eigenen Nationalist_innen nur zu gut. Sowohl politisch als auch praktisch scheint der Weg über den Westbalkan noch schwerer zu werden. Der Protest gegen diese verschlossene EU-Grenze, wie im Herbst in Velika Kladuša durch Geflüchtete selbst, und auch die Entrüstung der Zivilgesellschaft wegen der illegalen Pushbacks durch Kroatien haben keine Veränderung bewirkt. Zu letzterem hatte „Border Violence Monitoring“ Filmmaterial veröffentlicht. Stattdessen scheinen mehr Menschen bereits in Montenegro festzustecken, wo es keine Unterstützung für Geflüchtete gibt. Die einzigen mir

bekannten Ausnahmen sind die Aktivist_innen von „Bona Fide Pljevlja“. Das Land mit dem zweit tiefsten Canyon der Welt ist nicht für jede ein Urlaubsziel.

Deadend or alternative? Snapshots from Bosnia in April 2019

This is a compilation of information on the situation in Bosna i Hercegovina (BiH). It is based on interviews with local activists, NGO reports, official statistics and press reports. I have no journalistic claim, but try to convey information and impressions.

Bosnia lies on the so-called Western Balkan route. But due to its landscape and landmines, it only became a transit country after the borders between Serbia, Hungary and Croatia were closed. From the northwesternmost part of the country, the canton of Una Sana, it is only 80 km to Slovenia and thus the Schengen area. Since spring 2018, more and more people have chosen this route towards the EU. In 2018 as a whole, 23,848 people were registered, according to IOM reports. This was 20 times as many as in 2017. This shift in the route is also reflected in current figures, with over 60 % of all refugees in the Western Balkans staying in BiH.

Most of these refugees are in the northeast, in the area of Bihać and Velika Kladuša. At first, many people stopped in abandoned houses and wild camps until NGOs and the canton began to take control. Over the winter, more camps were established, some people were quartered there against their will. The conditions in the camps, which mostly lie outside the cities, are very different: overcrowded warehouses, dilapidated student residences, containers for small groups or former accommodation for the war refugees of the 90s. The larger camps lack security, hygiene, privacy and food. They are also very crowded. All this has been documented by Are You Syrian, for example. Especially with the onset of

spring, the people are drawn near the border, they don't want to be in the centre of the capital Sarajevo. According to NoNameKitchen, an NGO active in Velika Kladuša in Italy, Serbia and northern Bosnia, hundreds of refugees choose to stay in abandoned houses rather than be crammed and monitored.

Because with spring coming, the conditions for the so-called "game" become better. This is what refugees call the attempt to cross the green border. No snow and bad weather make hiking difficult, leaves provide cover and heavy, warm clothing is no longer needed. According to unofficial reports, the number of arrivals is increasing and has tripled since last year. Since the beginning of the year, 3,500 people are said to have arrived in BiH. As the total numbers are constant, so many seem to travel further. The Border Violence Report published in March by NonameKitchen, [RE:]ports Sarajevo and BVM gives an overview of the reports since June 2018, the number of reports of illegal pushbacks remains constant despite increased participation in the "game". However, the authors see a link between thinner clothing and more brutal injuries. In total, they have collected reports on 1,743 illegal and violent pushbacks from Croatia, Slovenia and Italy. In 347 incidents, people were deported across two borders without examining their claim to asylum. They are not handed over to the Bosnian police, but sent back on foot, without money, mobile phones, documents and shoes.

The Croatian police are supported by Frontex. Since July last year, aircraft have been in the air 100 hours a month for surveillance of the EU's external border as part of Multipurpose Aerial Surveillance (MAS). This is despite the fact that the number of illegal border crossings in the Western Balkans fell by 60 % in the first half of 2018 compared to the previous year. Also, Frontex is currently investing 100,000 euros in mobile offices in Bosnia. All this can be found on the Frontex website.

For their part, Bosnian officials are trying to keep the refugees outside their country, as the increase in reports of pushbacks to Montenegro (MNE) shows. It has also been reported that Bosnia wants to close its 600 km border with MNE and Serbia. The Hungarian government wants to help and has announced that it will send 60 border guards to help, similar to what it has done in Croatia and (northern)

Macedonia. Local activists are already talking about an overwhelming increase in refugees in MNE near the border with Bosnia.

But pushbacks are also occurring within Bosnia. Since the protests of the population in Bihać at the end of 2018 against the miserable accommodation of the refugees and the associated problems, the cantonal government is trying to keep the people outside the cities and the canton.

Since the war, Bosnia has been divided into two entities; the Federation of Bosnia and Herzegovina and the Republika Srpska. The Republika Srpska is centralistic, mostly Serbian, covers 49 % of the territory and many of its inhabitants are loyal to the State of Serbia. It is often reported that refugees can cross the border into BiH unscathed by police officers from Republika Srpska because they are no longer a problem for Serbia. Most of the refugees are in the cantons of Una Sana and Sarajevo. The Federation of Bosnia and Herzegovina consists of ten cantons. Three of them are mostly Croatian and five are mostly Bosniac. The cantonal governments are autonomous in many areas. An "Una Sana Cantonal Migration Task Force" was set up, which drew up new regulations of its own and made demands of the government. People are forbidden to move freely; they are no longer allowed to go to shops, parks, restaurants and are taken to camps. Mainly men are sent to Sarajevo, bus drivers are encouraged to report migrants travelling north. There is also an increase in checks on cars and taxis. Some refugees call coming north a "game" themselves. It seems that people are searching for other routes. Some try it via Mostar in Herzegovina in the southwest of the country or via the northeast through Republika Srpska. Bosnians trying to help also become the target of the police, as do international volunteers. The police increasingly check the papers of volunteers and have banned the work of NoNameKitchen, threatening to expel them from the country. The activist group's reports showed that the fear of criminal migrants is fuelled by local politicians. However, there have been no charges or harassment of activists as in Hungary or Serbia.

But the political situation for refugees is constantly worsening: Bosnian security minister Dragan Mektić

warned in March of an "escalation of the migration problem". Already in December, the representative of IOM in Bosnia, Peter Van der Auweraert, claimed in an interview that 85 % of refugees were economic migrants. The former president of the Republika, Srpska Milorad Dodik, also took his cue from Viktor Orban and fomented fears of Muslim migrants as a threat to the Orthodox Serbs in the 2018 election campaign. Dodik is now a member of the three-member state presidency.

The EU is giving 9 million euros to BiH for the care of refugees and is pleased to be able to shift the responsibility. Bosnia also appears to be once again the scene of many different interests in international politics. The Saudis have been trying to establish their idea of Islam and exert influence since the 1990s, and tourism is currently booming from the Arabian peninsula. While Erdogan is trying to get the Muslim Bosniaks involved and is appearing at an election campaign event in Sarajevo, Putin is turning to the Orthodox Serbs with support from the

police, among other things. With support from Zagreb, the Bosnian Croats demand their own entity. The Croatian government also accuses Bosnia of being a port of Islamic terror. Republika Srpska is also in the "fight against terrorism" and is investing in weapons for its police. We know only too well from our own nationalists that terrorism and refugees are equated.

Both politically and practically, the path across the Western Balkans seems to become even more difficult. The protests against this closed EU border, as in Velika Kladuša by refugees last autumn, and the indignation of civilian population at the illegal pushbacks by Croatia have not brought about any change. "Border Violence Monitoring" had published footage on the latter. Instead, more people seem to be stuck in Montenegro, where there is no support for refugees. The only exceptions I know of are the activists of "Bona Fide Pljevlja". The country with the second deepest canyon in the world is not a holiday destination for everyone.

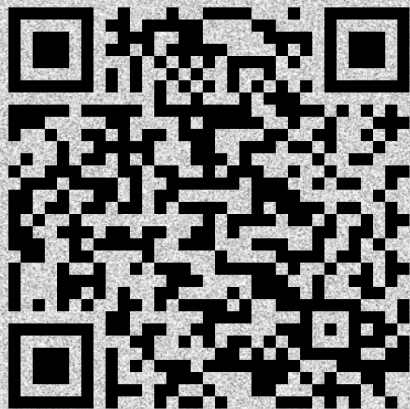


„Unsichtbare“ Migration in Mazedonien

Wie auch Serbien gehörte Mazedonien zu den Haupttransitländern entlang der Balkanroute. Tausende von Menschen haben diesen Staat auf ihrer Flucht Richtung EU passiert. Die Fluchtroute von Griechenland über Mazedonien, Serbien und weiter in den Norden existiert nicht erst seit 2015. Mit dem sogenannten langen Sommer der Migration und der dadurch erzwungenen kurzzeitigen Öffnung der Grenzen wurde sie jedoch besonders sichtbar. Während dieser Zeit sah man tausende Menschen zu Fuß die Bahnschienen und den Highway entlanglaufen. Da beide Strecken das gesamte Land von Süden nach Norden durchqueren und weitestgehend im Tal des Flusses Vardar verlaufen, sind sie im Vergleich zur ansonsten bergigen Geografie Mazedoniens relativ einfach zu passieren. Nachdem 2016 die Grenzen des sogenannten staatlich organisierten „Korridors“ über die Balkanroute geschlossen und stattdessen durch radikale Militarisierung quasi hermetisch abgeschlossen wurde, ist die Migration durch Mazedonien nahezu unsichtbar geworden. Staatliche Repressionen und Kriminalisierung gegenüber Refugees und denjenigen, die ihnen auf ihrer Flucht durch jegliche Art an Unterstützung geholfen haben, haben enorm zugenommen und Mazedonien als Transitland für viele zu einer großen und gefährlichen Herausforderung gemacht. Auch selbstorganisierte, unabhängige aktivistische Gruppen, die monatelang in Mazedonien entlang der Fluchtroute aktiv waren, haben sich mittlerweile aus Repressionsgründen zurückgezogen. Lediglich NGOs wie u. a. Legis können derzeit noch in den offiziellen Transcamps Gevgelija und

Tabanovce arbeiten. Die Menschen, die Mazedonien auf ihrer Flucht passieren, wollen nicht dortbleiben, sondern schnellstmöglich weiterreisen. Seit 2015 haben nur sehr wenige Menschen in Mazedonien Asyl beantragt und noch weniger haben es bewilligt bekommen. Es gibt immer wieder rechtswidrige Push-Backs nach Griechenland oder Inhaftierungen von Refugees. Trotz aller widriger Umstände schaffen es Menschen weiterhin, das Land ungesehen zu passieren. Dabei setzen sie ihr Leben aufs Spiel. Im März 2019 ist eine Person ums Leben gekommen, als eine Gruppe flüchtender Menschen von einem fahrenden Laster springen musste, um einer Polizeikontrolle zu entgehen. 14 weitere wurden verletzt. Tragödien dieser Art gab es vor allem vor der Öffnung des "legalen Korridors" durchs Land gehäuft. Auch abseits der Situation für Migrant*innen ist die sozialpolitische Lage in Mazedonien angespannt, repressiv und für viele Menschen von alltäglicher Prekarität geprägt. Neben Bosnien gehört Mazedonien zu den ärmsten Ländern Europas. Das Sozialsystem stellt keine Unterstützungsgelder bereit, sodass alle Menschen von Lohnarbeit abhängig sind. Dabei sind die Löhne so gering, dass Menschen extrem viele Monatsstunden arbeiten müssen, um ihr Leben finanzieren zu können. Als Konsequenz bedeutet das für linke Aktivist*innen, dass neben der Lohnarbeit nur wenig Zeit für politische Arbeit übrig bleibt. Auch die nötigen finanziellen Mittel, die für politische Arbeit gebraucht werden, fehlen: Z. B. für das Zahlen der monatlichen Miete für das Soziale Zentrum oder für den Druck von Flyern, Postern, die Fahrtkosten zu wichtigen Treffen oder das Organisieren von Veranstaltungen und Protesten. Die meisten Kosten werden über Crowdfunding-Kampagnen gedeckt oder von anderen solidarischen europäischen Gruppen unterstützt. Die linke Bewegung in Mazedonien besteht daher hauptsächlich aus Einzelpersonen, die es schaffen, sich nebst ihrer Arbeitsstelle noch politisch zu engagieren. Laut ihnen nimmt die Anzahl aktiver Menschen – jenseits von NGOs – jedoch eher ab. So hat eine der wenigen linksradikalen Gruppen in der mazedonischen Hauptstadt Skopje in den letzten Jahren mehrere Mitglieder verloren. So stehen natürlich die wenigen Aktivist*innen im besonderen Fokus der Polizei und der staatlichen Repressionen. Trotz allem schaffen sie es, Strukturen, wie das Social Center Dunja in Mazedoniens Hauptstadt Skopje, aufrecht zu erhalten.

Aktuell gibt es eine Crowdfunding-Kampagne zur Unterstützung des Projekts: <https://de.gofundme.com/social-center-dunja-a-call-for-support>



'Invisible' migration in Macedonia

Like Serbia, Macedonia is one of the main transit countries on the Balkan route. Thousands of people passed through this country on their way fleeing towards the EU. But this route from Greece over Macedonia, Serbia and more north doesn't only exist since 2015.

After all, with the so called "long summer of migration" and the by that forced short opening of the borders it has become much more visible. In this time one could see thousands of people walking next to the railway line and the highway. The geography of Macedonia is very mountainous, but both of those routes cross the land from South to North and run mainly through the valley of the river Vardar, so in comparison to the rest of the country they are easier to pass. In 2016 the borders of the so called state-run "corridor" over the Balkan route have been closed and basically hermetically sealed by radical militarization which led to making the migration nearly invisible. Repression and criminalization by the state towards refugees and those, who offered support in any way, increased heavily. Macedonia as a transit country became a huge and dangerous challenge for many.

Also, the self-organized and independent activist groups, that were active in Macedonia for months, moved back because of the repression. Only NGOs

like Legis still can work at the official transit camps Gevgelija and Tabanovce. The people crossing Macedonia on their flight don't want to stay there but move on as fast as possible.

Since 2015 only few people asked for asylum in Macedonia and even less were approved for it. There are still illegal pushbacks to Greece or imprisonments of refugees. In spite of the unfavorable circumstances, people manage to pass the country unseen. On their way, they risk their lives. In March 2019 a person died when a group of refugees had to jump from a driving truck to avoid a police control. 14 more were hurt. Tragedies like that were more frequent especially before the opening of the "legal corridor" through the country.

Besides the situation for migrants, the social-political situation in Macedonia is tense and repressive in general and many people live daily in precarious conditions. Next to Bosnia, Macedonia is one of the poorest countries in Europe. The social system doesn't offer any financial support, so everyone depends on wage work. In the same time, the wage is so low that people need to work an extremely high number of hours every month to be able to afford the life. For left activists that means, that next to wage work there is only very few time for political work. Additionally, the financial resources for the political work are missing: money for the monthly rent for the Social Centre, for printing flyers, posters, the travelling expenses to important meetings or the organization of actions and protests. Most of the spending is covered by crowdfunding campaigns or supported by other European groups that show their solidarity. Because of that, the left movement in Macedonia is mainly based on single persons that manage to be politically active besides their jobs. According to them, the number of active people, apart from NGOs, is sinking. For example, one of the few radical left groups in the Macedonian capital Skopje lost several members in the last years. With that, the few activists especially get in the focus of the police and the repression from the state. In spite of everything, they manage to maintain structures like the Social Centre Dunja in Skopje.

Right now, there is crowdfunding campaign running to support this project:
<https://de.gofundme.com/social-center-dunja-a-call-for-support>

Bulgarien ist dabei einen politischen Flüchtling in die Türkei abzuschieben

(Verfasst von bordermonitoring bulgaria,
übersetzt von can't evict)

Am 1. März 2019 hat die bulgarische Polizei einen türkischen Bürger von der kurdischen Minderheit festgenommen: Hr. İlhan Karabag, der seit 3 Jahren in Bulgarien lebt. Er wohnte in Ovcha Kupel in einem Camp von der Staatlichen Agentur für Flüchtlinge. Der Grund, der für seine Festnahme angegeben wurde, ist die Anforderung der Deportation von der Türkei aufgrund seiner Teilnahme an einer politischen Organisation, die in der Türkei verboten ist. Er ist aus keinem anderen Grund verfolgt, außer für die Teilnahme an besagter Organisation.

Seit dem Moment der Verhaftung ist Hr. Karabag im Hauptgebäude der Nationalen Untersuchungsbehörde, wo er lediglich zwei Mal im Monat Besuch empfangen darf. Bis jetzt hat er an drei Sitzungen im Gericht in Sofia (SCC) teilgenommen. Auf den letzten beiden war ein Beamter unter türkischem Diplomatenauftrag in Bulgarien im Gerichtsgebäude anwesend. Die Präsenz dieses Repräsentanten wird als brutaler Versuch gesehen, Druck auf die Entscheidung des Gerichts auszuüben. Am 9. April hat das Gericht beschlossen, Herrn Karabag zu deportieren, aber dagegen wird vor höherem Gericht Einspruch erhoben – vor dem Berufungsgericht Sofia (SAC). Das Datum für den nächsten Termin wurde noch nicht angekündigt.

Die bedauerliche Entscheidung des Gerichts bedeutet für Hr. Karabag eine lange Gefängnisstrafe in der Türkei, wegen politischem Aktivismus, ohne ein tatsächliches Verbrechen verübt zu haben.

Die Initiative für Solidarität für Migrant_innen unterzeichneten ein Statement gegen die Abschiebung von Hr. Karabag: „Die Entscheidung für die Abschiebung von Herrn Karabag in die Türkei bedeutet, dass der bulgarische Staat ein Menschenleben leichtfertig in die Hände der türkischen Autoritäten der Rechtsprechung sendet und die internationalen Konventionen, politisch Verfolgten Schutz zu bieten, verletzt.“

In den letzten Jahren gab es andere Fälle, die schnell mit der Abschiebung türkischer Bürger_innen aus

Bulgarien in die Türkei endeten:

Bordermonitoring Bulgarien (BMB) teilt die Sorgen um unfaire Asylverfahren, welches außerdem durch Statistiken der Bewerbung und des Gewährens des Schutzstatus auf erster Instanz im letzten Jahr zu zeigen ist.

Nicht eine einzige der Personen aus der Türkei, die im Jahr 2018 Asyl beantragt haben, wurden von der SAR akzeptiert.

Am 29. Mai 2019 wird das Verwaltungsgericht über das Akzeptieren oder Ablehnen von Herrn Karabags Antrag auf politisches Asyl in Bulgarien entscheiden. In der vorhergehenden Gerichtssitzung war mindestens ein türkischer Diplomat. Die eventuelle Abschiebung würde sofortige Verhaftung bedeuten, da Herr Karabag in der Türkei zu 6 Jahren und 3 Monaten Haft verurteilt ist.



<https://balkaninsight.com/2016/10/18/bulgaria-denies-controversial-deportation-of-gulen-supporters-to-turkey-10-18-2016/>

<https://www.asylumineurope.org/reports/country/bulgaria/statistics>



Bulgaria is about to deport a political refugee to Turkey

(authored by bordermonitoring bulgaria)

On March 1st 2019, the Bulgarian police has detained a Turkish citizen from the Kurdish minority Mr. Ilhan Karabag, who was living in Bulgaria for 3 years. He lived in Ovcha Kupel in a camp of the State Agency for

Refugees (SAR). The reason given for his arrest is a request for deportation from the Turkish state on the account of participating in a political organization which is banned in Turkey. He is not persecuted for any other crimes aside from being a member of the said banned organization.

Since the moment he was arrested Mr. Karabag is detained at the main building of the National Investigative Service with the right to receive visitations only two times per month. Until now he has attended three

sessions in the Sofia City Court (SCC). On the last two of them a representative of the Turkish diplomatic mission in Bulgaria was present in the court hall. The presence of this representative is seen as a brutal attempt to put pressure on the decision of the court. On April 9th the court has decided to deport Mr. Karabag but the decision is appealed in front of a higher court – the Sofia Court of Appeal (SAC). The date for the next session is still to be announced. The unfortunate decision of the court means that

<https://bulgaria.bordermonitoring.eu/2016/08/15/push-backs-bulgarian-turkish-cooperation-will-lead-to-more-violation-of-human-rights/>

Mr. Karabag is facing a long-term prison sentence in Turkey for being politically active and without committing an actual crime. The Initiative for Migrant Solidarity issued a statement against the deportation of Mr. Karabag: „Taking the decision for the deportation of Mr. Karabag in Turkey, the Bulgarian state is easily sending a human life into the hands of the Turkish authoritarian jurisdiction and violates the international conventions for providing refuge to the politically persecuted people.“

In the recent years there were other instances happening, that have ended quickly with the deportation of Turkish citizens from Bulgaria to Turkey.

Bordermonitoring Bulgaria (BMB) is sharing the concern of an unfair asylum procedure, which is furthermore based on the statistics of applications and granting of protection status at first instance in the last year:

Not a single person from Turkey who asked for asylum in the year of 2018, was accepted by the SAR.

On May 29th 2019 the Sofia Administrative Court will decide to accept or reject Mr. Karabag's appeal for political asylum in Bulgaria. In the previous court session there was at least one presence of a Turkish diplomat. On May 28th 2019 the SAC will decide on his deportation. His eventual following deportation would result in his immediate incarceration, as Mr. Karabag has been sentenced in Turkey to 6 years and 3 months in jail.



**„Sie werden dich verfluchen...“ –
Interview mit „M.“, in Thessaloniki lebende
LGBTIQ* Person aus Irak/Kurdistan
(Artikel zuerst veröffentlicht in Bulletin 2, 2/2019)**

Bulletin: Kannst du uns etwas über die Situation der LGBTIQ* Community in deinem Herkunftsland erzählen?

M.: Sie ist sehr schlecht, es gibt dort keine Akzeptanz oder Toleranz, besonders von den Familien einer Person nicht. Die Leute mögen sie [die LGBTIQ* Community, Anm. d. Ü.] nicht und manchmal bringen sie Menschen um, die zur Community gehören. Aber das erste Problem ist die Familie, die das Mitglied der Familie töten, das die Familie „beleidigt“ hat, und grundsätzlich, dass Leute sie nicht mögen. Du bist nicht sicher, wenn du zur Community gehörst.

Bulletin: Organisieren sich die Menschen um sich selbst zu verteidigen?

M.: Nein, sie verstecken sich. Sie versuchen alles im Verborgenen zu machen, so dass sie nicht entdeckt werden. Und das ist der Grund, warum viele Menschen aus der LGBTIQ* Community nach Europa kommen wollen. Mein Freund A., zum Beispiel, hat einen Bruder, der sehr streng ist und meint, dass A. heiraten muss. Er hat den Irak nicht verlassen und seine Familie hat ihn gezwungen eine Frau zu heiraten um ein Mann zu sein, und jetzt ist er nicht überhaupt nicht glücklich.

Bulletin: Wie hast du dich dazu entschlossen Kurdistan zu verlassen?

M.: Ich werde über mein Problem sprechen. Ich habe einen Bruder, der älter als ich ist. Er hasst mich und er hat mich oft geschlagen. Meine Mutter mag mich nicht. Aber das Problem ist nicht meine Mutter; sie hat nie studiert, sie hat nie ein Buch gelesen, sie bleibt den ganzen Tag im Haus. Und irgendwann habe ich gemerkt, dass ich nicht mit ihnen leben kann. Sie waren nicht glücklich und sie konnten niemanden glücklich machen. Und von Tag zu Tag wurde das Problem größer, denn ich sprach auch über mich um meine Ideen und meine Identität zu verteidigen. Aber mein Bruder ist ein Salafist, er denkt, dass wir strenggläubige Muslim*innen sein

müssen, mit Bärten. So bin ich eines Tages in eine andere Stadt gefahren, habe einen Freund getroffen und über all das gesprochen. Er hat mich mit zu einem anderen Freund genommen, der einen Freund in Istanbul hatte. Sie sprachen darüber nach Europa zu gehen. Und dann dachte ich das ist das, was ich möchte. Meine Schwester gab mir einen Ausweis, ich wartete auf ein Visum und ging dann in die Türkei. Ich bin für eineinhalb Monate in Istanbul geblieben und bin dann nach Griechenland gekommen.

Bulletin: Kannst du uns mehr über deine Reise erzählen?

M.: Nun, wir gingen zu Fuß, wir benutzten für eine Weile ein Auto, und schließlich fuhren wir mit einem Boot um den Fluß Evros zu überqueren. Wir waren eine Gruppe von 12 Personen. Weißt du, im Allgemeinen wenn du in ein anderes Land fahren möchtest, nimmst du den Zug oder ein Flugzeug. Und weißt du, der Evros ist aber eine völlig andere Art, das zu tun, viel schwieriger. Nachdem wir das Land betreten hatten, wurden wir von der Polizei in der Stadt Orestiada inhaftiert. Wir wurden zur Polizeistation gebracht und blieben dort für sieben Stunden. Sie gaben uns ein Papier und wir nahmen den Bus nach Thessaloniki.

Bulletin: Gibt es in Thessaloniki irgendjemanden, den*die du kennst?

M.: Nein, ich habe nur zwei Personen getroffen, die ebenfalls kurdisch waren und sie haben uns geholfen zu einem Camp zu kommen.

Bulletin: Und war es einfach dorthin zu kommen?

M.: Nein, und darüber bin ich sehr wütend. Für mich war es eine schwierige Sache. Als ich ins Camp kam, hat mir das erste Mal eine Frau geholfen an Essen zu kommen. Aber es war nicht leicht sich hier zu registrieren. Egal wie viel ich auch mit den Organisationen gesprochen habe, sie haben mich im Camp von einer Organisation zur anderen geschickt und schließlich zu einer anderen in die Stadt. Aber niemand hat Verantwortung übernommen. Sie meinten immer nur sie warten auf eine Antwort einer anderen Organisation...ich bin ein Mensch! Wieso behandeln sie mich so? Ich war darauf sehr wütend. Sie haben mich so behandelt wie mein Bruder es getan hat. Im Camp war es wirklich wirklich schwer. Vorher war ich eine Person, ich hatte ein Haus, eine Familie. Aber plötzlich war da ein neues Leben, ohne mein Zimmer, meine Dinge, meine bekannten Orte. Und wenn du weggehst und weißt, dass du nie zurückkehren

wirst, ist es sicherlich schwierig.

Bulletin: Gab es irgendein Unterstützungsnetzwerk in der Gemeinschaft des Camps?

M.: Nein, es gab keine Unterstützung der Community. Ich habe nicht viel Kontakt mit ihnen gehabt. Ich bevorzugte nach Thessaloniki zu gehen. Um die freiwilligen Gruppen für Aktivitäten und Englischunterricht zu besuchen. Dort fühlte ich mich akzeptiert, da sie haben mich willkommen geheißen, ich war nicht alleine.

Bulletin: Hast du dich im Camp jemals bedroht gefühlt?

M.: An manchen Tagen schon. Einmal kam eine Person auf mich zu und hat mich geschlagen, obwohl ich nicht gegen ihn hatte. Er tat zum Spaß so als ob er mich schlagen würde aber ich wollte nicht mitspielen. Er machte weiter, also schrie ich und mehr Menschen kamen dazu und er hörte auf. Generell verhält es sich in der Community von Geflüchteten so, dass sich die LGBTIQ* Community versteckt. Es lässt sich nicht sagen, ob jemand schwul oder lesbisch oder bisexuell ist. Aber selbst, wenn sie es herausfinden, würden sie die Person nicht schlagen. Sie würden die Person verfluchen, schlecht über sie reden und sie beleidigen. Das liegt daran, dass es in der Community der Geflüchteten Menschen aus verschiedenen Städten und Ländern gibt, und ihre Community nicht stark und ihre Glaubenssysteme unterschiedlich sind.

Bulletin: Denkst du, dass die Organisationen die Rechte der LGBTIQ* Community respektieren?

M.: Es kann sein, dass sie dir schneller einen Wohnort zuteilen. Aber nur das. Wenn du mit ihnen reden möchtest, dann helfen sie dir nicht darüber zu reden. Es gibt Menschen, die zu schüchtern sind um über sensible persönliche Themen zu sprechen. Und dann gibst du ihnen nicht den Raum und lässt sie sicher fühlen, so dass sie es können. Aber Menschen von Organisationen geben ihnen im Allgemeinen nicht diese Möglichkeit.

Bulletin: Hast du rassistische Attacken auf dich erlebt?

M.: Manchmal werfen mir Leute schlechte und bedrohliche Blicke zu. Ich spreche nicht mit ihnen und versuche sie zu meiden. Aber an einem Tag hatten Faschist*innen eine Kundgebung im Stadtzentrum von Thessaloniki und sie schrien und trugen Stöcke. Und ein alter Mann hat zu einigen Geflüchteten, die dort vorbeingingen, gesagt: „Raus mit euch, raus mit

euch aus meinem Land!“

Bulletin: Was ist mit Solidarität? Hast du Solidarität erfahren?

M.: Lass mich nachdenken. Ja, aber es ist ein kleines Beispiel. Einmal war ich auf dem Rückweg zum Camp. Aber ich war nicht registriert und hatte keine finanzielle Unterstützung. Ich konnte das Ticket für den Bus nicht bezahlen. Der erste Fahrer hat mich nicht in den Bus einsteigen lassen, weil ich das Ticket nicht bezahlen konnte. Also habe ich auf den nächsten gewartet. Beim nächsten Bus habe ich gemerkt, dass der Fahrer mich nicht reinlassen wird. Aber dort war ein Grieche, der sah, dass ich Angst hatte, und er unterstützte mich und bot mir an mein Ticket zu bezahlen. Er war sehr freundlich und verstand meine Schwierigkeit. Auch meine Beziehungen zu den Freiwilligen sind sehr unterstützend. Sie akzeptieren mich. Wenn ich dorthin gehe, weiß ich, dass ich ich selbst sein kann. Ich habe auch in den verschiedenen Orten und Kollektiven der Stadt wie Mikropolis, Steki Metanaston und den Leuten hier vom Bulletin Solidarität erlebt.

Bulletin: Was denkst du, auf welche Weise können wir die Grundlage dafür schaffen, dass Menschen von vor Ort und Geflüchtete zusammenkommen können?

M.: Wir müssen Wege der gegenseitigen Unterstützung finden die Dinge anzubieten, die du für andere tun kannst, die es brauchen. Gemeinsam Aktivitäten und kreative Dinge zusammen zu tun. Und voneinander über die jeweilige Kultur zu lernen. Es ist wichtig Englisch zu sprechen um kommunizieren zu können!

Bulletin: Würdest du sagen, dass du in die Gesellschaft hier integriert bist?

M.: Ja! Stell dir vor, dass ich am 1.1.2018 angekommen bin. Jetzt habe ich Freund*innen, gehe zu Parties, habe eine Wohnung in der Stadt, spreche Englisch, habe Pläne, vielleicht werde ich an die Universität gehen. Für mich ist es wichtig nicht nur Geflüchtete als Freund*innen zu haben, sondern auch Freund*innen aus Europa. Ich habe auch mit einer Psychologin gesprochen, sie hat mir geholfen. Aber du musst wissen, dass griechische Menschen schwieriger sind. Nur in sozialen Orten und alternativen Orten wie in einigen Bars kann ich Menschen finden, die offener sind und Orte, an denen sich Geflüchtete sicherer fühlen. Aber jetzt kann ich von mir sagen, dass ich mich wieder stark fühle!

'They will swear you...'
Interview with 'M', LGBTIQ+ person from
Iraqi Kurdistan, living in Thessaloniki
(Article published first in Bulletin 2, 2.2019)

Bulletin: Could you tell us about the situation of the LGBTIQ+ community in your home country?

M.: It is very bad, there is no acceptance or tolerance, especially from the person's families. People don't like it and sometimes they kill people who belong to this community. But the first problem is the family that kills the family member who insulted the family and generally people don't like it. You are not safe if you belong to this community.

Bulletin: Do the people organize in order to defend themselves?

M.: No, they hide. They try to do everything in the darkness, so that they are not found out. And this is why many people from the LGBTIQ+ community want to come to Europe. For example, my friend, A, has a bad brother who is a very strict one and he says that A has to get married. He didn't leave Iraq and his family made him marry a woman to be a man, and now he is not happy at all.

Bulletin: How did you decide to leave Kurdistan?

M.: I will speak to you about my problem. I have one brother, who is older than me. He hates me and some days he was beating me. My mother, she does not like me. But the problem is not because of my mother; she never went to study, she never read a book, all day inside she stays inside. And at some point I saw that I could not live with them; they were not happy and they could not give happiness to anyone. And day by day the problem got bigger because I was also speaking about me, trying to defend my ideas and my identity. But my brother is a salafist, he thinks that we must be strong muslims, with beards, strong! So one day I went to another city and I saw one friend of mine and we were talking

about all that. He brought me to another friend who had another friend in Istanbul. They were speaking about going to Europe. And then I thought that this is what I want. My sister gave me a passport, I waited for a visa and then went to Turkey. I stayed there in Istanbul for one month and 15 days and then I came to Greece.

Bulletin: Can you tell us more about your journey?

M.: Well, we walked, we took a car for a while and then we took a boat to cross the river of Evros. We were a group of 12 people. You know, in general if you want to go to another country, you take a train or a flight. But, you know, Evros is a totally different way to do that, much more difficult. After we entered, we were detained by police inside the Orestiada city. We went to the police station and stayed for 7 hours. They gave us a paper and then we took bus to Thessaloniki.

Bulletin: In Thessaloniki did you have any family?

M.: No. I met only two people that they were also Kurdish and they helped us on how to go to a camp.

Bulletin: And was it easy to go there?

M.: No, and about this I am very angry. For me it was something very difficult. When I went to the camp, a woman helped me for food the first time. But it was not easy to register there. No matter how much I go to speak with the organizations, they were sending me from one organization to another inside the camp and then to other organizations in the city. But nobody took responsibility. Only they said that they wait for an answer from another organization. I am human! Why would they treat me like this. I was very angry with this. They were treating me the same as my brother. In the camp it was really really difficult. I used to be a person, I had a house, a family. But suddenly there was a new life, without my room, my staff, my familiar places. And if you leave and you know that you will never come back, it is sure difficult.

Bulletin: Were there any supportive networks in the community of the camp?

M.: No, there was no support from the community. I did not socialize with them a lot. I preferred to come to Thessaloniki. To visit the volunteer groups for activities and English classes. There I felt accepted me, they hugged me, I was not a person alone.

Bulletin: In the camp did you ever feel threatened?

M.: Maybe some days yes. One day one person came

to hit me, although I did not have anything against him. He came for a joke pretending to punch me but I did not want to play along. He continued so I shouted and more people came so he stopped. Generally, in the refugee community, LGBTIQ+ community hides a lot. You cannot say if they are gay or lesbian or bisexual. But even if they found out, they would not hit them. They would just swear them and speak to

comfortable so that they do. But people from organizations usually don't give then this opportunity.

Bulletin: Have you experienced any racist attacks against you?

M.: Sometimes yes, people give me bad and threatening looks. I don't talk to them and try to avoid them. But one day fascist people had a concentration in Thessaloniki city center and they were screaming and they were carrying sticks. And an old man was speaking to some refugees that were passing from there "get out of here, of my country".

Bulletin: What about solidarity? Have you experienced solidarity?

M.: Let me think. Yes, but it's a small example. One day I was going back to the camp. But I was unregistered and had no financial support. So I could not pay for the ticket of the bus. The first driver did not let me in the bus because I could not pay for the ticket. So I was waiting for the next. In the next bus, I realized that the bus driver would not let me in. But there was a Greek guy who saw that I was afraid and he supported me and offered to pay for my ticket, he was very kind, he understood my difficulty. Also, my relationship with the volunteers is very supportive. They accept me. When I go there, I know that I can be myself. I have seen solidarity also from people in the various spaces of the city and the collectives, where they like refugees like Micropolis, Steki Metanaston and the people here in Bulletin.

Bulletin: How do you think that we can create the ground so that locals and refugees can meet?

M.: We need to find ways of mutual support, to offer the things that you can do to others who need them. To do activities and creative things together. And to learn about each other's culture. It is important to speak English so that we can communicate!

Bulletin: Do you consider yourself integrated in the local society?

M.: Yes! Imagine that I arrived on 1/1/2018. Now I have friends, I go to parties, I have a house in the city, I speak English, I have plans, maybe I go to the university. For me it is important not to have only refugee friends, but friends from Europe. I also spoke with a psychologist, she helped me. But you know, Greek people are more difficult! Only in social spaces and alternative places like some bars, I can find people who are more open and where refugees feel more comfortable. But now I can say, I am strong again!

them badly and insult them. Because in the refugee community there are people from different cities and different countries, so their community is not so strong and their belief systems can be more different.

Bulletin: Do you think that the organizations respect the rights of the LGBTIQ+ community?

M.: They might take you faster to a house. But only this. When you go to speak with them, they don't help you to speak about it. For example, some people are shy to speak about sensitive personal issues and if you don't give them space and make them feel



Sarkastischer Freispruch gegen Protestler_innen nach rechtsextremen Angriffen auf Lesbos

Am 9. Mai 2019 wurden im Verwaltungsgericht von Mytilini auf der griechischen Insel alle 110 Menschen, die wegen Widerstand gegen Behörden, Unruhen und illegaler Besetzung von öffentlichem Eigentum vor Gericht standen, für unschuldig befunden.

Die Anklage wurde im vergangenen Jahr erhoben, nachdem zwischen dem 17. und 23. April 2018 auf dem Sappho-Platz im Zentrum von Mytilene ein friedlicher Protest von etwa 180 Geflüchteten stattgefunden hatte.

In der Nacht vom 22. April 2018 griff eine Gruppe von 200-300 Faschist_innen diese protestierenden Menschen an. Der Pogrom dauert die ganze Nacht an und ließ eine Reihe von Verletzten zurück. Am Ende wurden nicht die Nazis, sondern die attackierten 120 Geflüchteten verhaftet.

Einige Tage zuvor war eine Gruppe geflüchteter Menschen aus dem überfüllten Lager Moria auf den Sappho Square umgezogen. Die Gruppe besetzte den zentralen Platz in Mytilini und blieb dort Tag und Nacht. Aktueller Anlass war, dass aufgrund mangelnder medizinischer Versorgung im Lager ein Mensch (im Krankenhaus) starb. Der Protest richtete sich aber auch generell gegen die gefängnisartige Situation im Lager Moria.

22

Jeden Sonntag findet an der Stadthalle in Mytilini eine kleine Militärparade mit Flaggenhissen statt. Am Sonntag, den 22. April 2018, kamen die Faschist_innen aus ganz Griechenland zur Parade und zogen dann zum Sappho Square. Die Cops waren bereits dort und formierten eine Absperrung zwischen den Menschen auf dem Platz und den Faschist_innen. Etwa um 21 Uhr gab es den ersten Angriff: aus den Reihen der Faschist_innen flogen Fackeln und Steine auf die Protestierenden. Diese waren vorbereitet und hatten zusammen mit Dutzenden griechischen und internationalen Unterstützer_innen einen Kreis um Kinder, Frauen und Alte gebildet und zum Schutz ein Zelt aus Decken errichtet.

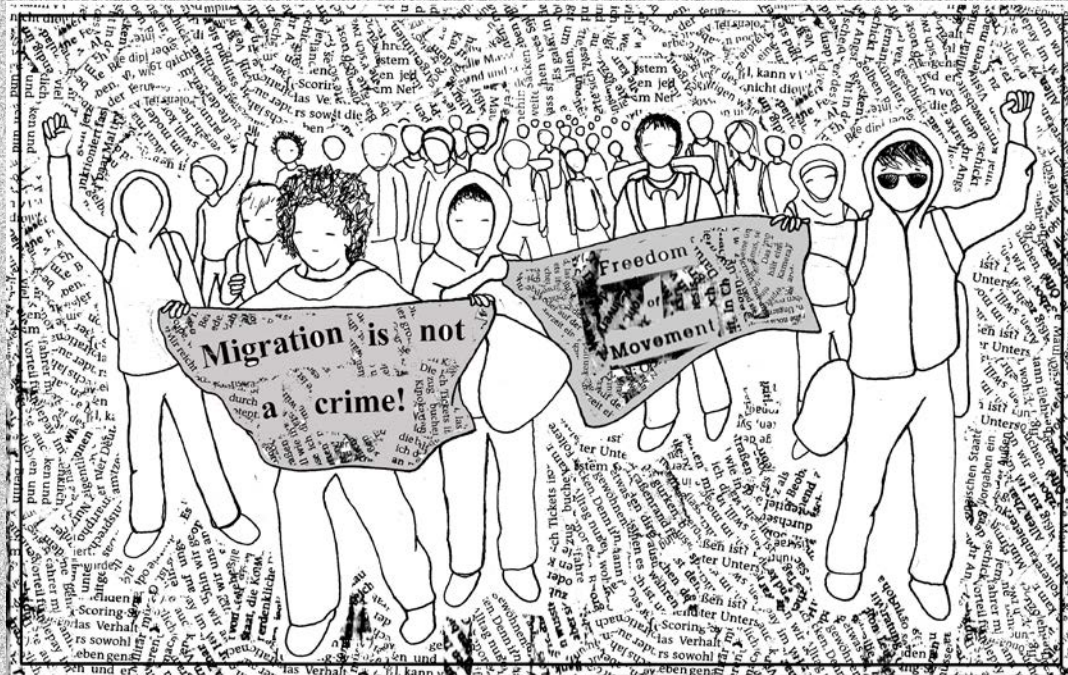
Die Cops verhandelten mit beiden Gruppen. Die Protestierenden waren entschlossen zu bleiben, die Faschist_innen wollten dies um jeden Preis verhindern. Geflüchtete, die zur Unterstützung der Protestierenden aus dem Lager Moria hinzukommen wollten, wurden durch die Cops gestoppt und zum Lager zurückgebracht. Das Lager wurde geschlossen.

Ein neuer Angriff folgte, diesmal wurden Böller geworfen und brennende Mülltonnen durch die Polizeiabsperrung geschoben. Faschist_innen versuchten immer wieder durch die Polizeireihen zu brechen. Im Laufe der Nacht wurde viele Verletzte weggetragen, teils bewusstlos oder mit blutenden Kopfwunden nach Steinwürfen. In einem nahegelegenen Gebäude versorgten solidarische Menschen Verletzte. Es dauerte lange, bis der erste Krankenwagen eintraf. Dank der solidarischen Strukturen auf der Insel waren schnell Ärzt_innen vor Ort.

Der Mob der Faschist_innen wuchs auf mehrere 100 Leute an. Zwei Polizeibusse hatten die Sicht zwischen den Protestierenden auf dem Platz und den Faschist_innen abgesperrt. Die Decken gaben zwar den Kindern und alten Leuten einen gewissen Schutz, aber die Knallkörper explodierten immer wieder zwischen den Menschen. Es flogen immer weiter Steine etc. auf die Leute auf dem Platz. Die Faschist_innen nahmen den gewaltsamen Tod von Protestierenden in Kauf.

Trotz der großen Gefahr und den vielen Verletzten blieben die Leute auf dem Platz beeindruckend ruhig und gefasst und warfen nichts zurück. Sie wollten um keinen Preis zurück nach Moria.

Die Cops nutzten dann Tränengas, Pfefferspray und ihre Knüppel, um die Rassist_innen/Faschist_innen auf Distanz zu halten. Dazu waren aber nur sehr we-



nig Cops vor Ort. Viele von ihnen waren damit beschäftigt, Geflüchtete in Moria festzuhalten. (Diese Nacht enttarnte das rassistische Gesicht der griechischen Cops.)

Um 4 Uhr morgens begannen die Cops, die Menschen auf dem Platz zusammenzutreiben und Unterstützer_innen mit Pfefferspray zu attackieren. Da die Geflüchteten nicht freiwillig in die bereitgestellten Polizeibusse einsteigen wollten, setzten die Cops Pfefferspray und physische Gewalt ein. Das führte zu brutalen Szenen: Die Cops traten Leute oder zog sie an ihren Haaren über den Platz. Die verängstigten und in Panik geratenen Demonstrant_innen, darunter viele Mütter und Kleinkinder, wurden verhaftet und ohne Vorwarnung zu den Polizeiwagen geführt. Unfassbar – nachdem die Menschen 8 Stunden von Faschist_innen attackiert wurden, wurden sie von den Cops verhaftet und ins Gefängnis gebracht.

Alle 122 Personen (120 protestierenden Geflüchtete und zwei solidarische Griech_innen) wurden zwar noch am selben Tag freigelassen, es gab aber drei Anklagepunkte: Besetzung eines öffentlichen Platzes, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Aufruhr. Im Prozess am 9. Mai 2019 konnte deutlich gemacht

werden, dass keine Ausschreitungen oder Widerstände während der Räumung stattgefunden hatten. Daher war der Freispruch aller Angeklagten folgerichtig, ebenso wie die Feststellung des Gerichts, dass das verfassungsmäßig garantierte Recht auf friedliche Demonstration über dem angeblichen Verbrechen der illegalen Besetzung von öffentlichem Eigentum steht.

Während des gesamten Prozesses wurde deutlich, dass der Staat versuchte das verfassungsmäßig und rechtlich ausgeübte Recht auf Versammlungsfreiheit zu kriminalisieren. Sie taten dies auch durch die Trennung dieses Prozesses von dem beispiellosen faschistischen und gewalttätigen Angriff auf die Migrant_innen. Wie viele ähnliche Fälle von Kriminalisierung von Migrant_innen auf Lesbos hätte auch dieser Fall nie vor Gericht gestellt werden dürfen. Während der Nacht verhaftete die Polizei keinen der Angreifer_innen. In den Wochen nach dem brutalen Überfall werteten Antifaschist_innen zusammen mit solidarischen Anwalt_innen unzähliges Bildmaterial aus und erstatteten Anzeige gegen die Angreifenden. Nur 17 der 200-300 Faschist_innen sind nun angeklagt, der Prozess gegen sie steht noch aus.

Sarcastic acquittal for protesters against attacks from right-wing extremeists on Lesbos

On the 9th of Mai in 2019, all 110 persons, that were accused of resistance against authorities, riots and illegal occupation of public property, were found innocent by the administrative court of Mytilene.

The charge was made last year. Between the 17th and the 23rd of April in 2018 there was a peaceful protest on the Sappho Square in the center of Mytilene with about 180 refugees.

In the night of the 22nd of April in 2018 a group of 200-300 fascists attacked the protesting people. The pogrom lasted the whole night and left behind a high number of injured persons. In the end, not the Nazis were imprisoned, but the attacked 120 refugees.

Some days before, a group of refugees moved from the overcrowded camp Moria to the Sappho Square. The group squatted the central place in Mytilene and stayed there day and night. The reason was the death of a person in a hospital in the camp, caused by insufficient provision of medical care. The protesters also were pointing out the general disastrous conditions in the prison-like camp Moria.

Every Sunday at the city hall in Mytilene, there is a small military parade with hoisting the flag. On Sunday, the 22nd of April in 2018, fascists from all over Greece came to the parade and moved then to the Sappho Square. The police already were there and built a fencing-off between the people on the place and the fascists. At around 9pm the first attack took place: The fascists threw torches and stones towards the protesters. The attacked were prepared, together with dozens of Greek and international supporters they protected the children, women and old people by circling them and by building a tent out of blankets as a protection.

The cops were negotiating with both groups. The protesters were determined to stay, the fascists wanted to change that at all costs. Refugees, who

wanted to come from Moria to support the protest were stopped by the police and brought back to the camp, which was closed.

A new attack followed, this time firecrackers were thrown and burning trash cans were pushed through the fencing-off. Fascists tried to break through the line of police again and again. In the course of the night many injured were carried away, partly unconscious or with bleeding head wounds after thrown stones. In a building nearby, people showed solidarity and took care of the injured. It took long for the first ambulance to arrive. Thanks to the solidarity structure on the island doctors arrived quickly.

The mob of fascists was growing to a couple of hundred people. Two police busses blocked the sight between the protesters on the square and the fascists. The blankets did give some protection to the children and old people, but the firecrackers kept exploding repeatedly between the people. More stones were thrown towards the people on the place. The fascists were accepting the violent death of protesters.

In spite of the great danger and the injuries the people on the square stayed impressively calm and didn't through anything back. At no costs they wanted to return to Moria.

The cops used tear gas, pepper spray and nightsticks to keep the distance to the racists/fascists. For that, there was only few police, because many of them were busy keeping refugees in Moria, showing the racists face of the Greek cops.

At 4am, the police began to drive the people on the square together and to attack supporters with pepper spray. The refugees didn't want to get in the police busses voluntarily, so the cops used pepper spray and physical violence.

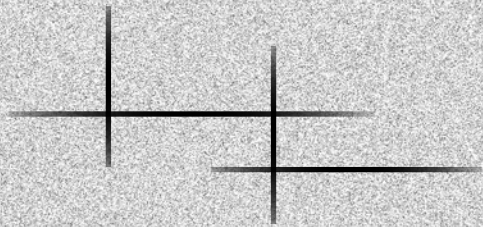
There were brutal scenes, police kicking people or pulling them over the square grabbing the hair. The panicking and anxious protesters, including many mothers and little children, were imprisoned and lead to police cars without warning. After having been attacked 8 hours by fascists, the people were arrested and brought to prison. All the 122 people (120 protesting refugees and two supporting Greeks) were set free the same day, but they were facing three accusations: squatting of a public place, resistance against the authorities and tumult.

In the process on the 9th of May in 2019 it was made clear that there were no tumult or resistance

throughout the eviction. That is why the acquittal was justified, as well as the fact that the constitutional guaranteed right for peaceful protection stands above the alleged crime of illegal occupation of public property, as the court remarked.

While the whole case it was obvious, that the state tried to criminalize the constitutionally and lawfully performed right for freedom of assembly. They also did this by separating the process from the outrageous fascist and brutal attack on the refugees. Like many other cases of criminalization of migrants on Lesbos alike, the case never should have been brought to court.

In the night the police didn't arrest even one of the attackers. In the weeks after the brutal assault antifascists and lawyers who showed their solidarity worked together to analyze the countless visual material and reported the attackers. Only 17 of the 200-300 fascists are accused, the process still didn't take place.



Freispruch für „Moria 8“!

Nach elf Monaten ungerechtfertigter Haft wurden die „Moria 8“ am 22. Februar 2019 vom Gericht in Chios freigesprochen. Sie können bzw. müssen jetzt ihren Asylprozess auf Lesbos fortsetzen. Das Gericht benötigte nur eineinhalb Stunden, um die Angeklagten von allen Anklagepunkten freizusprechen.

Die acht Männer wurden am 19. März 2018 verhaftet und wegen Angriffen auf die Polizei und Brandstiftung mit Inkaufnahme von Todesfolge angeklagt. Diese sollen 5 Tage zuvor während Protesten im Hotspot Moria stattgefunden haben. In diesem überfüllten Camp auf der griechischen Insel Lesbos kommt es wegen der katastrophalen Zustände immer wieder zu kleineren oder größeren Protesten.

Schon während der Anhörungen, die die fast einjährige Haft „rechtfertigte“, wurde die Willkür und

das völlige Fehlen von Beweisen offensichtlich. Zu keinem Zeitpunkt fanden ernsthafte Ermittlungen statt, die Alibis, die für mindestens zwei der Angeklagten die Abwesenheit während der Ereignisse bezeugen konnten wurden in den Anhörungen und den eingereichten Widersprüchen gegen die Inhaftierung nicht berücksichtigt; alle 17 diensthabenden Polizist_innen sagten zudem aus niemanden der Angeklagten wieder erkennen zu können. Die gesamte Anklage, die nie hätte vor Gericht gebracht werden dürfen, basierte allein auf der Aussage eines Lagerbewohners, eines damaligen „Community Leaders“. Er sagte aus trotz Tränengas, Dunkelheit und Rauch alle 8 Männer, deren Gesichter zudem verumumt gewesen seien, erkannt zu haben.

Am Tag nach seiner Aussage ermöglichte die Polizei ihm die Insel zu verlassen. Die Rolle der „Community Leader“ ist ohnehin sehr fragwürdig, diese Personen sind immer wieder dem Druck und Einfluss der Behörden ausgesetzt. Durch gezielte Informationsweitergabe können ihre eigenen Asylverfahren begünstigt oder beschleunigt werden oder auch umgekehrt. In diesem Fall liegt die Vermutung mehr als nahe, dass die Rolle missbraucht wurde und der Mann zu Gunsten seiner eigenen Situation eine Falschaussage machte. Drei Monate vor dem Prozess schickte der Mann ein Video an einen der Angeklagten, in dem er sich für falsche Anschuldigungen entschuldigte und behauptet: „Ich habe sie verraten, weil ich Probleme hatte, bedroht wurde und Mytilini verlassen musste.“

Die Präsidentin des Obersten Gerichtshof in Chios sagte, nachdem sie die Zeug_innenaussagen der 17 Polizist_innen angehört hatte, die alle erklärten, keinen der Angeklagten erkennen zu können: „Polizist_innen in Mytilene tun seltsame Dinge, die ich nicht verstehe.“

Der Freispruch ist ein kleiner Erfolg für die Angeklagten und die solidarische Struktur! Dennoch mussten fünf von ihnen fast ein Jahr im Gefängnis sitzen und die willkürliche Kriminalisierung und Einsperrung von Migrant_innen wird fortgesetzt. Die Zufälligkeit der Verhaftungen und das völlige Fehlen von Ermittlungen zeigt den symbolischen Charakter dieses Prozesses. Es ist ein weiterer Akt der Einschüchterung gegen alle, die versuchen sich gegen die brutale europäische Grenzpolitik und die jahrelange Unterbringung in menschenverachtenden Camps zu wehren.

Acquittal for the 'Moria 8'!

The "Moria 8" have been acquitted from the court on Chios on the 22nd of February 2019 after having been held in prison unjust for eleven months. Now, they can, or rather must, continue their process of seeking asylum on Lesbos. It only took the court about one and a half hours to acquit the accused on all accounts.

The eight men have been imprisoned on the 19th of March in 2018 with accusations of attacks on the police and arson with accepting that it results in death. It was said, that this happened five days before, while protests in the hotspot Moria. This overcrowded camp on the Greek island Lesbos is constantly in disastrous conditions, that's why there are repeatedly smaller or bigger protests.

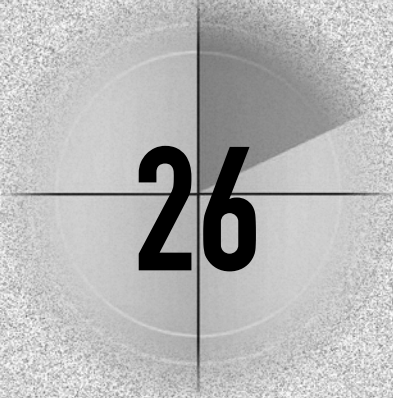
The arbitrariness and missing of any proof were already obvious in the hearings, that were held to justify the imprisonment of nearly a year. At no point there were serious investigations. In the hearings and submitted objections to the court, they didn't take into consideration the alibis for at least two of the accused although they attested the absence at the time of the events. Further, all 17 policewomen in service testified not to recognize anyone of the accused. The whole charge, that never should have been in court, was only based on the statement of one inhabitant of the camp, a "community leader" at that time. He testified that despite of tear gas, darkness and smoke, he recognized the masked faces of all eight men.

They day after the testimony the police let him leave the island. The role of those "community leaders" is very questionable altogether, since they often are under a lot of pressure and influence of the authorities. By selective passing of information, it is possible to favor (or disfavor) the own asylum proceedings. In this case, it is a likely assumption that this position was misused to improve the own situation. Three months before the process, the man sent a

video to one of the accused to say sorry for wrong accusations and stating: "I betrayed them because I was in trouble, I was threatened and had to leave Mytilene."

After having heard the statements of the witnesses, the 17 policewomen, all saying, that they didn't recognize any of the accused, the president of the highest court on Chios said: "Policewomen in Mytilene do strange things that I don't understand."

The acquittal is a small success for the accused and for the solidarity structure! Nevertheless, five of them had to be imprisoned for nearly a year and the arbitrary criminalization and locking migrants up is going on. The randomness of the imprisonments and the absence of any investigation shows the symbolic character of this process. It is another case of intimidation against all who are trying to fight the brutal European border policies and the confinement in inhuman conditions in camps for years.



26

Der Tod der Träume – Eine Stimme aus dem Gefängnis (Veröffentlicht am 13. Mai 2019 von dm-aegean)

Viele Menschen, die nach Europa kommen, um Freiheit und Sicherheit zu suchen, befinden sich im Gefängnis. Während die EU-Politik Menschen gewaltsam in überfüllten und mit Stacheldraht versehenen Lagern auf den griechischen Inseln gefangen hält, setzt die griechische Polizei harte Repressionsstrategien ein, um Konflikte und Proteste aufgrund der unerträglichen Lebensbedingungen in den Lagern zu unterdrücken.

Migranten auf den griechischen Inseln befinden sich in einer Situation der Inhaftierung – unabhängig davon, ob sie eine Straftat begangen haben oder nicht, sie müssen nicht nur die ständige Unsicherheit des Lagers ertragen, sondern auch unter der ständigen Gefahr leben, verhaftet und festgehalten zu werden. Im Folgenden reproduzieren wir den Bericht von Aftab Mohammadi (Name geändert), der im Juli 2018 im Lager Moria verhaftet wurde und seitdem im Gefängnis von Chios Island festgehalten wird. Es ist eine von vielen Geschichten über eine sinnlose und grausame Inhaftierungspraxis ohne jeden Grund. Nachricht eines Gefangenen aus dem Knast in Chios: Vor neun Monaten war es eine Nacht wie andere Nächte. Es gab einen Kampf im Lager zwischen einigen wenigen Leuten, der mehr als zwei Stunden dauerte. Der Kampf begann zwischen zwei Leuten und nach einer Weile wurden andere im Lager involviert. Es begann alles mit den schlechten Bedingungen, die im Lager leben müssen. Einige haben mentale Probleme, weil sie unter diesen schrecklichen Bedingungen leben und keine mentale Unterstützung haben. Die Polizei war anwesend und sie sahen, was passiert war. Ich fühlte mich in dieser Nacht schrecklich, besonders als ich sah, dass die Kinder ihre Mütter festhielten, sie hatten große Angst und weinten. Die Polizisten lachten über die Leute. Für sie war es wie ein Online-Film. Wir baten sie um Hilfe, aber sie lachten uns nur aus, machten Fotos und nahmen uns auf.

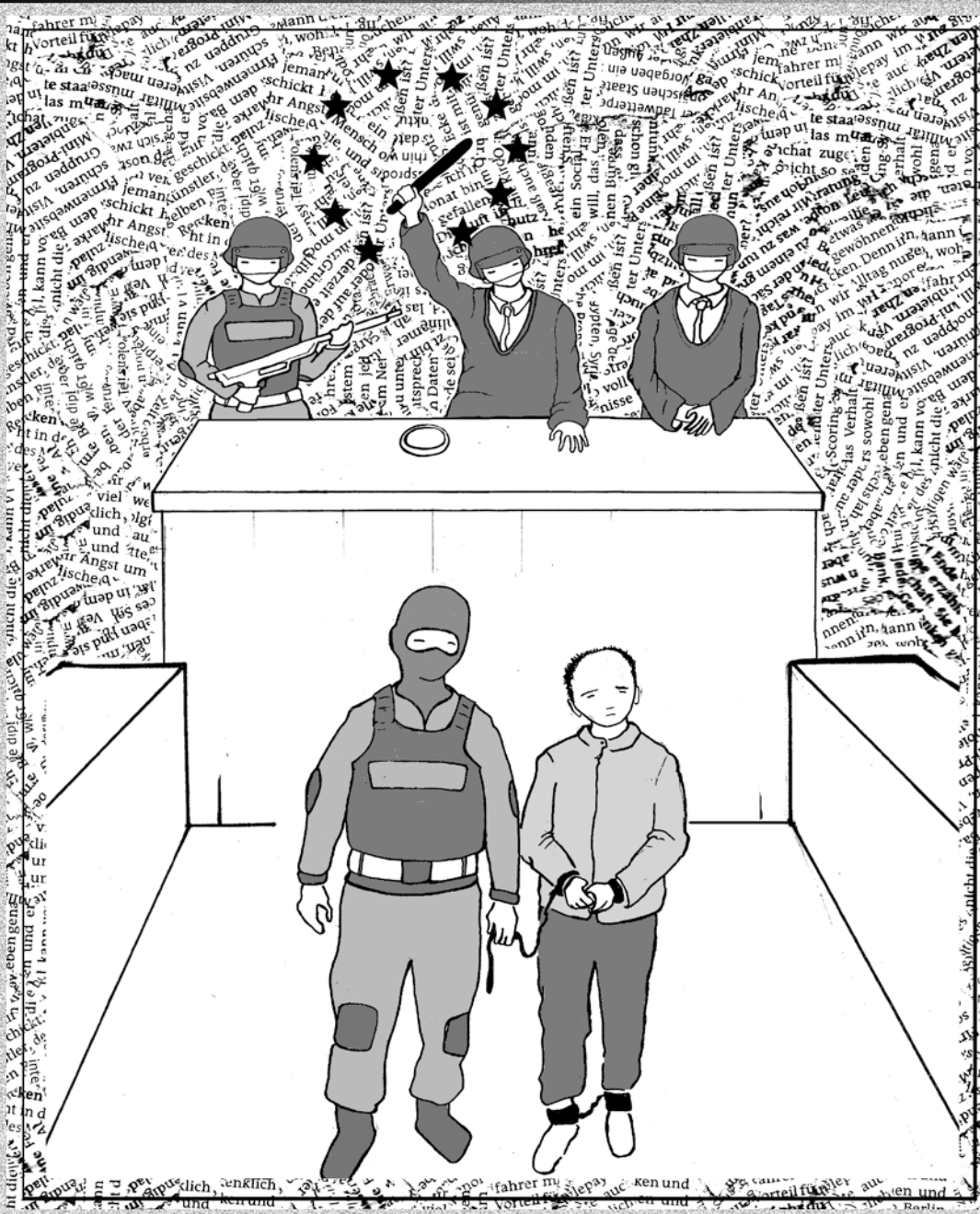
Schließlich eilten sie ins Lager, aber zu den Leuten, die nicht in diesen Kampf verwickelt waren, und sie griffen die unschuldigen Menschen an. Wir hatten keine Möglichkeiten zu entkommen, wir waren etwa 18 Personen und ich war einer von ihnen. Die Polizei brachte uns zur Polizeistation, schlug uns, behandelte uns sehr schlecht und nannte uns Angreifer. Mehrere Stunden lang waren unsere Hände und Füße gefesselt. Wir konnten nicht mit ihnen kommunizieren, weil wir ihre Sprache nicht kannten und sie ohne Grund eine Akte für jeden von uns öffneten. Nach dem Papierkram trennten sie uns und legten uns in verschiedene Zellen.

Bevor ich in die Zelle ging, dachte ich, wir wären die einzigen Menschen die grundlos da waren, aber als ich hineinging, sah ich viele Menschen, die aus dem gleichen Grund dort waren. Das Gefängnis war voll von Flüchtlingen. Die griechische Polizei tut dies

gegenüber Menschen wie uns, um ihre Macht zu zeigen, um zu zeigen, dass es hier keine Gerechtigkeit gibt. Ich fragte die anderen Leute, warum sie im Gefängnis sind. Es lag an kleinen Dingen. Die meisten von ihnen waren keine Griechen. Wir haben nur das Verbrechen begangen, dass wir in Syrien, Afghanistan und im Irak geboren wurden. Ich sah auch viele andere Menschen, die aus dem gleichen Grund wie ich verhaftet wurden und seit vielen Jahren im Gefängnis waren.

Danach erkannte das Gericht sie als unschuldig an. Ich weiß nicht, ob es in Ordnung ist, unschuldige Menschen ins Gefängnis zu stecken und ihnen eine Akte auf der Polizeistation oder vor Gericht zu öffnen, grundlos, für keine Verbrechen. Ich weiß nicht, was die griechische Regierung mit so etwas erreichen wird.

Die Europäische Union und die an der Macht befindlichen Menschen sprechen ständig von den Menschenrechten, und sie gehen um die Welt, um die Menschenrechte zu "schützen". Sie sagen, dass jeder Freiheit haben sollte und jeder frei sein muss. Ich finde es sehr seltsam, dass sie nicht nach Griechenland schauen, das ein Teil von ihnen ist. In diesem Land, das Teil der Europäischen Union ist, sieht man die am stärksten gefährdeten Menschen, die gezwungen wurden, ihr Heimatland zu verlassen, Asyl zu suchen und eine Unterkunft zu suchen. Aber dieses Land nutzt sie für ihre Vorteile und sie nehmen sich die Freiheit der Menschen, ihr Geschäft zu machen. Sie halten die Flüchtlinge hier, weil sie denken, dass sie ihre Wirtschaft verbessern können. Ich bin sicher, dass dieser Plan nicht funktionieren wird. Was immer du hier liest, es kam aus meinem Herzen. Die Menschen verloren ihre Freiheit als Flüchtlinge und ihre Träume im demokratischen Gefängnis. Und wir wissen, dass es einige nette Menschen gibt, die versuchen, anderen zu helfen. Die Menschen, die den anderen helfen, es ist ihnen egal, woher die Menschen kommen, wo sie geboren wurden, was ihre Religion und ihr Glaube sind. Sie glauben, dass wir alle gleich sind, und wir sollten uns gegenseitig helfen. Am Ende hoffe ich, dass sie aufhören werden, Geschäfte mit den Menschen zu machen. Ich hoffe, dass ich eines Tages sehen kann, dass alle gleich sind. Es ist eine Schande zu sehen, was mit dem Leben der Menschen geschieht. 14. März 2019



Death of the dreams - A voice from prison

(Published on 13th May 2019 by dm-aegean)

Many people who come to Europe looking for freedom and safety find themselves imprisoned. While the EU politics forcibly keep people trapped in overcrowded and barbed wired camps on the Greek islands, the Greek police uses harsh crack down strategies in order to suppress conflicts and protests arising from the unbearable living conditions in the camps.

Migrants on the Greek islands find themselves in a situation of detainability – regardless of whether they committed an offense or not, they do not only have to bear the constant insecurity of the camp but have to live under the constant threat of being arrested and detained.

Below, we reproduce the account of Aftab Mohammadi (name changed) who was arrested in Moria camp in July 2018 and has since then been held in the prison of Chios Island. It is one of many stories of a senseless and cruel detention practice beyond any reason.

Nine months ago, it was a night like other nights. There was a fight in the camp between a few people that lasted for more than two hours. The fight started between two people and after a while others in the camp got involved. It all started because of the bad conditions of the people who have to live in the camp. Some have mental issues, because they live in these terrible conditions and do not have any mental support.

The police was present and they saw what happened. I felt terrible this night, especially when I saw that the children were holding onto their moms, they were very scared and crying. But for the police it was a special night. They were laughing at the people. For them it was like a watching an online movie. We were asking them for help but they were only laughing at us, taking photos and recording us.

Finally, they rushed in the camp but to the people who were not involved in that fight, and they attacked the innocent people. We did not have any place to go, we

were about 18 persons and I was one of them. The police took us to the police station, hit us, treated us very badly and called us aggressors. For several hours our hands and our feet were handcuffed. We could not communicate with them because we did not know their language and they opened a file for each of us for no reason. After the paperwork they separated us and put us in different cells.

Before going into the cell, I thought we were the only people there for no reason, but when I went inside, I saw many people who were there for the same reason. The prison was full of refugees. The Greek police does this to people like us in order to show their power, to show that justice does not exist here. I asked the other people why they are in the prison. It was because of small things. Most of them were not Greek. We only committed the crime that we were born in Syria, Afghanistan and Iraq. I also saw plenty of other people who were arrested for the same reason like me and they had been in the prison for many years.

Afterwards, the court recognized them as innocent. I do not know if it is fine to put innocent people in prison and open a file for them in the police station or in the court, when in the end it was for nothing, for no crimes. I do not know what the Greek government will achieve with this kind of thing.

The European Union and the people who are in power are always talking about human rights and they are going around the world to 'protect' human rights. They say that everyone should have freedom and everyone has to be free. I find it very strange that they are not looking at Greece which is a part of them. In this country that is part of the European Union you can see the most vulnerable people who have been forced to leave their home country and are seeking for asylum and looking for a shelter. But this country is using them for their benefits and they are taking the people's freedom to do their business. They are keeping the refugees here because they think they can improve their economy. I am sure this plan will not work.

Whatever you read here, it came from my heart. The people lost their freedom because of being a refugee and they lost their dreams inside the democratic prison. And we know that there are some nice humans who are trying to help others. Those people who are helping the others, they do not care where people come from, where they have been born, what

are their religion and believes. They believe that we are all the same and we should help each other. In the end I hope they are going to stop making business with the humans. I hope one day I can see that everyone is equal. It is a shame to see what is happening with people's life.

Ellwangen und Donauwörth - Zwei Symbole für solidarischen Protest

Selbstorganisierte Migrantenproteste, Polizeirazzien und zufällige Strafverfolgungsmaßnahmen in Refugee Camps in Deutschland

Selbstorganisierte Migrantenproteste, Polizeirazzien und zufällige Strafverfolgungsmaßnahmen in Refugee Camps in Deutschland

In deutschen Flüchtlingslagern - vor allem in den sehr großen Erstaufnahmezentren - finden häufig selbstorganisierte Proteste statt. Die Menschen demonstrieren für akzeptable Lebensbedingungen. Außerdem gibt es viele Proteste gegen das deutsche Asylsystem, das für viele Migrant_innen unerträgliche Situationen schafft und die Menschen in einem Zustand der strukturellen Paralyse gefangen hält, nicht in der Lage sich zu selbst zu organisieren. Während des Asyl-Verfahrens sind sie gezwungen, in Lagern zu leben, nicht arbeiten zu dürfen, nur mit sehr wenig Geld auszukommen - tatsächlich weniger als das, was der deutsche Staat als human definiert.

Eines der größten Probleme ist die ständige Gefahr der Abschiebung. Die Polizei bricht nächtlich in private Räume ein, schreit und wendet physische Gewalt an, um gesuchte Menschen für die Abschiebung aufzufinden. Inzwischen bestätigen viele Gerichtsurteile, dass solche Polizei Aktionen gegen §§13 des deutschen Grundgesetzes verstoßen, das die Unverletzlichkeit des Wohnraums sicherstellt.

Die Migrant_innen wenden sich oft gegen versuchte Abschiebungen und Polizeieinsätze mit Pro-

test und Widerstand. Im Frühsommer 2017, hatten die Bewohner eines Lagers in Osnabrück mit 200 Personen in Selbstorganisation Abschiebungen verhindert. Sie machen jede Nacht Wachen. Sobald sie ein Polizeiauto näherte, trillerten sie eine Pfeife, die Alle im Lager aufweckte. Alle zusammen gingen sie nach draußen und blockierten den Eingang. Die Polizei war nicht in der Lage, die Person zu finden, die sie deportieren wollten. Mit dieser Taktik waren sie in der Lage, unzählige Abschiebungen zu verhindern. Die Polizisten konnten das Lager für mehr als 100 Tage nicht betreten.

Im Zuge der fortschreitenden Verschlechterung des deutschen Asylsystems werden Migrant_innen in den letzten Jahren immer mehr kriminalisiert. Protest, wie in Osnabrück wird oft von einem rechten Medienshittstorm und durch Repression durch den Staat begleitet. In einigen Fällen, auch wenn die Menschen nicht protestiert haben, erfinden Polizei und Medien einfach Lügenmärchen über Aktionen, Gewalt und Widerstand gegen die Polizei, um massive Polizei Überfälle zu rechtfertigen.

Im März 2018 drang die Polizei zur Abschiebung einer Person in das Erstaufnahmezentrum in Donauwörth, Bayern ein. Der Mann war weder in seinem Zimmer noch im Lager. Niemand widersetzte sich der Polizei, einige Leute argumentierten, dass die Polizei kein Recht hatte, unbeteiligte Menschen mitten in der Nacht zu wecken, weil sie eine Person suchen. Ein Feueralarm brach aus.

Am nächsten Tag überfiel die Polizei das gesamte Lager mit 200 Polizisten mit physischer Gewalt, CS-Gas und Pfefferspray. Sie haben zufällig 32 Personen verhaftet, 30 von ihnen von ihnen wurden isoliert für 2 Monate inhaftiert und wegen ordnungswidrigem Verhalten, Körperverletzung, Übergriffe und Widerstand gegen die Polizei angeklagt. Einige Menschen wurden direkt aus dem Gefängnis nach Italien deportiert. 7 Personen gelang es, Beschwerden gegen ihre Strafbefehle einzureichen, 3 von ihnen wurden trotzdem abgeschoben.

Im November 2018 wurde das erste Gerichtsverfahren gegen 2 der Migranten eingeleitet. Die Jury musste zugeben, dass es keine Beweise für Gewalt und Widerstand gegen die Polizei existiert. Trotz allem wurden die Anschuldigungen aufrechtgehalten. Die Angeklagten werden den Fall in die nächste Instanz bringen.

Ein weiterer Fall ereignete sich im April/Mai 2018

NO BORDERS, NO NATIONS
STOP ! DEPORTATIONS ★

bei einem Erstaufnahmезentrum in Ellwangen, Baden-Württemberg. In der Nacht zum 30. April wollte die Polizei eine Person abholen, um sie nach Italien abzuschicken. Als er sich weigerte, in das Polizeiauto zu steigen, bekamen diese 30-40 Personen mit und gingen hinaus, um solidarisch zu protestieren und mit der Polizei über die Unmenschlichkeit der Dublin-Abkommen zu diskutieren. Immer mehr Menschen schlossen sich dem Protest an und es gelang gemeinsam die Abschiebung zu stoppen. 4 Tage später drangen jedoch 500 Polizisten in einer groß angelegten Operation in das Lager ein. Sie überfielen mehrere Privaträume, obwohl sie keinen Durchsuchungsbeschluss hatten. Somit war die gesamte Operation illegal.

Deutsche Rechtsextreme erfanden danach eine Geschichte von gewalttätigen Protesten von Hunderten von Migrant_innen, die die Polizei angriffen. Diese Geschichte wurde von den Mainstream-Medien kopiert, um den unverhältnismäßigen, unnötigen und illegale Polizeiangriff zu legitimieren. Der Polizeieinsatz, der eigentlich nur die Kriminalisierung der Migrant_innen zum Ziel hatte führte zu mehr als 25 Strafbefehlen. Mehrere Personen wurden inhaftiert. Viele Menschen reichten Beschwerden gegen diesen Strafbefehl ein. Eine Person wurde nach 3 Untersuchungshaft freigesprochen, er erhielt aber keine Entschädigung, sondern musste noch mehr als 1000 Euro Gerichtskosten bezahlen. Eine weitere Person wurde zu einer Freiheitsstrafe von 6 Monaten ohne Bewährung verurteilt, weil die Polizei behauptete, er hätte einen Beamten drei-mal gegen den Helm geschlagen. In diesem Fall wollte der Staat ein abschreckendes Exemple für alle Migrant_innen

statuieren, die sich gegen die Abschiebungen und Polizeibrutalität zur Wehr setzen.

Der Prozess gegen 3 weitere Personen hätte in März stattfinden sollen, wurde aber vom zuständigen Richter des Amtsgerichts aufgehoben. Damit hat die Auseinandersetzung um den fragwürdigen und rechtswidrigen Polizeieinsatz vom 3. Mai 2018 in Ellwangen eine wichtige Etappe erreicht. Dies war nur möglich, weil Geflüchtete Strafbefehle nicht akzeptierten und den Mut hatten dagegen zu klagen. Ein kleiner erster Erfolg, der durch die Prozessbeobachtung, durch eine monatelange Zusammenarbeit von Engagierten aus Berlin, Stuttgart, Köln, Freiburg, Murrhardt und durch die Unterstützung von Berater*innen und Rechtsanwalt*innen zu Stande kam. Noch ist allerdings nichts entschieden, aber es ist etwas in Bewegung gekommen

Ellwangen ist auch zum Symbol für solidarischen Protest geworden.

„Wir dürfen nicht zulassen, dass durch staatliche Stellen, einer politischen Staatsanwaltschaft, Parteien, einer rassistischen Ellwangen-Hysterie oder durch eine undifferenzierte Presseberichterstattung, die Rechte der Geflüchteten noch weiter zu ihrem Nachteil verschoben werden. Es geht hier grundsätzlich um die Verteidigung von Grund- und Menschenrechte. Gesetze wie das „Geordnete Rückkehr-Gesetz“ dürfen nicht in Kraft treten. Die Angriffe auf die 'Unverletzlichkeit der Wohnung' müssen mit aller Deutlichkeit verurteilt werden. Sämtliche Verfahren, die im Zusammenhang mit dem Polizeieinsatz in Ellwangen stehen, müssen sofort eingestellt werden.“ (refugees4refugees Stuttgart)

Ellwangen and Donauwörth – Two symbols of solidarity protest

Self-organized migrant protests, police raids and random prosecutions in German refugee camps

In German Refugee Camps – especially in the very big initial registration camps – self-organized protests are happening on a daily basis. The people are demonstrating for better living conditions or acceptable food. Also, there is a lot of protests against the German asylum system, which is constructing unbearable situations for many Migrants, who are held in a state of structural paralysis, not being able to organize their lives or move autonomously. During large parts of the asylum process, they are forced to live in camps, not allowed to work, not allowed to cook on their own, only given very little money – actually less than what the German state defines as humane.

One of the biggest issues is the constant threat of deportation. Police is breaking into private rooms on a nightly basis, screaming and using physical violence in order to find people whom they want to deport. By now, many court decisions are confirming that such police operations are violating §§13 of German constitution which ensures the inviolability of the home.

The Migrants often oppose attempted deportations and police raids with protest and resistance. In Osnabrück, early summer of 2017, 200 people had to live in self-organized camps in order to prevent deportations on their own. They installed observing shifts every night, so that people could see when the police approached. As soon as they saw a police car approaching, they blew a whistle that woke up everyone in the camp. All together they went outside and blocked the entrance. Police was not able to find the person they wanted to deport. With this method, they were able to prevent uncountable deportations. Cops did not succeed to enter the camp for more than 100 days.

In line with the ongoing worsening of the German asylum system, Migrants are more and more criminalized. Protests similar to that one in Osnabrück are often followed by a right media shitstorm and even more repression by the state. In some cases, even when people did not protest collectively, police and media simply make up fairy tales about mass actions, violence and resistance against police to justify massive raids and arbitrary attestations of Migrants.

In March 2018, police entered in the initial registration camp in Donau-Wörth, Bavaria, for deporting one person. The man was neither in his room, nor in the camp. Nobody resisted the police, some people simply argued that the police had no right to wake random people in the middle of the night because they searched a person. A fire alarm started.

The next day police raided the whole camp with 200 cops using physical violence, CS-gas and pepper spray. They randomly arrested 32 people, 30 of them were held in custody in isolation for 2 months, charged with disorderly conduct, bodily harm, assault and resistance against police. Some of the people were directly deported from prison to Italy. 7 persons succeeded in filing complaints against their penalty orders, 3 of them were deported, nevertheless. In November 2018, the first court case against 2 of the Migrants took place. The jury had to admit that there is no evidence for violent resistance against police. In spite of everything, the accusations were maintained. The accused people will take the case to the next instance.

Another case happened in April and May 2018 in an initial registration camp in Ellwangen, Baden-Württemberg. In the middle of the night of 30th April, Police wanted to deport a person to Italy. When he refused to enter the police car, 30-40 people got aware of the situation and went outside to protest in solidarity with him, discussing with police about the inhumanity of the Dublin System. More and more people joined the protest and together they succeeded in stopping the deportation.

4 days later, a large-scale operation of 500 cops disturbed the whole camp. They broke in and raided several private rooms even though they had no order from the court. Thus, the whole operation was illegal.

German rightwing people afterwards made up a story of violent protest by hundreds of Migrants attacking police. That story was copied by the mainstream media, legitimizing the excessive, unnecessary and illegal police operation, which actually had the single aim of criminalizing the Migrants. This criminalization peaked with 25 penalty orders against Migrants. Several people were put into custody. Many filed complaints against this penalty order. One person was released after 3 months of custody after having been acquitted finally of the charge of having attacked police. Another person was condemned to imprisonment of 6 months without probation because police asserted that he was hitting one officer 3 times against the helmet. With this case, the state wanted to set a deterring example for all Migrants protesting against deportations and police brutality.

The trial of 3 more people should have been in March 2019, but it was repealed as the court told the prosecution to do more investigations.

The two presented cases depict the arbitrariness in which police and state operate for criminalizing Migrants. Also, they are perfect examples of racism and racial profiling police is using on a daily basis, because all arrested Migrants are Black and police arrested them randomly because of their skin colour.



33

Woher kommst du?

(Artikel von K.vom Refugee Café Göttingen)

Woher kommst du? Als ich nach Deutschland gekommen war, immer die gleiche Frage. Woher kommst du? Warum bist du hierher gekommen? Was machst du hier? Willst du wieder in deine Heimat zurückgehen? Ich glaube, dass die meisten Geflüchteten solche Fragen schon erlebt haben. Vielleicht wolltet ihr nur aus Interesse wissen, wo ich her komme und habt mit einer einfachen, kurzen Antwort gerechnet. Ich sage jedoch: Flucht hat Ursache!

Ich komme aus einem Land, da sieht man auf den Straßen oft deutsche Panzer fahren, denn ich komme aus einem Land an das die meisten deutschen Waffen verkauft werden.

Aktuell steht Deutschland weltweit auf Platz 4, was den Waffenexport angeht, für deutsche Rüstungsfirmen lässt sich gut an dem mörderischen Geschäft mit Krieg verdienen. Die Lebensgrundlagen aber-Millionen von Menschen in Afrika, Asien und Latein-Amerika werden damit zerstört und sie werden zur Flucht gezwungen. Wenn aber die Menschen dann hierherkommen um nach Schutz und einem sicheren Ort zu suchen, werden die meisten einfach zurückgewiesen und abgeschoben.

Warum, frage ich, gibt es überhaupt Abschiebehaft, wenn einer der wichtigsten Artikel der Menschenrechte besagt, dass jeder Mensch ein Recht auf Freiheit hat, ohne einen Unterschied nach Hautfarbe, Religion, Sprache, nationaler oder sozialer Herkunft zumachen. Jeder Mensch sollte frei wählen dürfen, wo er leben will. Aber weil das nicht der Fall ist, müssen zu viele von uns einen sehr gefährlichen Weg auf sich nehmen. Was seit einiger Zeit im Mittelmeer geschieht, ist eine moralische Frage für die ganze Menschheit und wie wir mit dieser Situation umgehen, wird zeigen, wie gut wir gelernt haben, Menschenrechte zu respektieren und umzusetzen.

Wir als Flüchtlinge schreiben einen Brief an die ganze Welt, in dem wir sagen:

„Wir wollen kein einziges Land haben, sondern wir wollen eine Welt gewinnen. Wir wollen keine Nationalität haben, sondern eine Gesellschaft ohne Grenzen in der ganzen Welt. Wir wollen allen Menschen zeigen, dass wir die Millionen Tote im Mittelmeer nicht hinnehmen können.“

Ich glaube, dass wir als Geflüchtete zusammen mit Aktivist*innen gegen Waffenexporte, Abschiebungen, Abschiebeknast und den ganzen anderen Verstößen gegen die Menschenwürde kämpfen müssen, damit wir dieses rassistische System endlich beenden können!

and how we deal with this situation will show, how well we learned to respect and realize Human Rights. As refugees we write a letter to the whole world, saying:

‘We don’t want a single country; we want to gain a world. We don’t want to have nationality, but a society without borders in the whole world. We want to show all people, that we can’t accept the millions of deaths in the Mediterranean.’

I believe, as refugees together with activists, we must fight the export of weapons, deportations, deportation prisons and all the violations against the human dignity to end this racist system!

Where are you from?

(Artikel by K. from the Refugee Café Göttingen)

Where are you from? When I came to Germany, it always was the same question. Where are you from? Why did you come here? What do you do here? Do you want to go back to your home? I think that most refugees experienced those questions. Maybe you are interested and want to know where I come from and thought you would get an easy, short answer. But I say: Escape has a reason!

I come from a country where you often see German tanks on the streets, because I come from a country to which most German weapons are sold.

At the moment, Germany is in fourth place worldwide regarding export of weapons, German weapon companies have an easy job making money with the murderous business of war. The basis for life for millions and millions of humans in Africa, Asia and Latin America are destroyed and they are forced to flee. When the people come here to look for protection and a safe place, most of them are rejected and deported.

Why, I am asking, is there even deportation prison, when one of the most important articles of the Human Rights says, that everyone has a right for freedom, without making a difference because of skin color, religion, language, national or social origins. Every human should be allowed to choose freely, where to live. Because that’s not how it is, many of us must risk a very dangerous way. What’s happening in the Mediterranean is a moral question for humanity

**Wir wollen kein einziges Land haben,
sondern wir wollen eine Welt gewinnen.
Wir wollen keine Nationalität haben,
sondern eine Gesellschaft ohne Grenzen in
der ganzen Welt.**

**We don’t want a single country: we want
to gain a world. We don’t want to have
nationality, but a society without borders in
the whole world.**

GRENZENLOSE SOLIDARITÄT

mit den migrantischen Kämpfen
in Griechenland,
auf der Balkanroute
und überall!

Our passion for
freedom is stronger
than their prisons!

Unterstützt die Anti-
Repressions-Kampagne für
Betroffene antirassistischer
Kämpfe an den EU-Grenzen
und für Freiräume und
Bewegungsfreiheit

You can't evict
a movement –

you can't evict
solidarity

Aus humanitärer Sicht ist das, was ihr tut, sehr wertvoll. Aber leider ist es nun mal gesetzlich verboten.

Zitat eines italienischen Polizisten
an der Grenze, Ventimiglia 2019

Ventimiglia

Die Stadt Ventimiglia mit etwa 25.000 Einwohner_innen liegt in Norditalien, am Mittelmeer. Der Ort befindet sich einerseits in einer idyllischen, touristischen Region und liegt andererseits seit vielen Jahren auf der Fluchtroute vieler Menschen, die die Grenze nach Frankreich überqueren wollen.

Unter einer Autobahnbrücke, am Rand der Stadt, gab es einige Jahre ein inoffizielles Camp. Zu manchen Zeiten, wie Sommer 2017 und Sommer 2018, lebten bis zu 500 Menschen auf der Flucht gemeinsam dort, in Zelten oder draußen. Mittlerweile halten sich deutlich weniger Personen gesammelt auf, sondern sind über die Stadt und Gegend verstreut. Das hat verschiedene Gründe: Die Zwangsräumung des Camps im April 2018 durch die Polizei; die Debatte und Kriminalisierung der Seenotrettung und damit die verweigerte Aufnahme durch Italien; das neue Gesetz des italienischen Innenministeriums. In Ventimiglia sind verschiedene Gruppen aktiv, um Unterstützung anzubieten. Als offizielle Organisationen sind dort vor allem das Rote Kreuz und Caritas, deren Unterbringungsräume liegen aber weit außerhalb, sind von großer Polizeipräsenz geprägt und bieten keinerlei Privatsphäre. Außerdem arbeiten dort auch unregelmäßig Oxfam, Save the Children und Médecins du Monde. Es gibt permanent präsente aktivistische Gruppen, wie die Keshi Niya Kitchen, die vor allem von der französischen Gruppe Roya Citoyenne unterstützt wird und die italienische Gruppe Progetto 20 K. Viele der Menschen auf der Flucht schlafen seit der Räumung am Strand, am Bahnhof, auf der Straße oder am Rand der Stadt, die Situation ist vor allem für Personen in vulnerablen Situationen besonders unübersichtlich gefährlich. Inhaftierung an der Grenze

Refugees, die nach 18 Uhr beim Grenzübergang innerhalb einer 10 km Zone an der Grenze von der

französischen Polizei gefasst werden, werden ohne Prozess nach Italien zurückgeschoben. Über Nacht werden sie in Container gesperrt, ohne Versorgung mit Nahrung oder Schlafmöglichkeiten und lediglich prekärer Hygienesituation.

Zwischen dem Grenznast bei Menton, dem nächsten Bahnhof (Ventimiglia) und dem Camp liegen 8-12 km. Sonntags fährt kein Bus, an anderen Tagen kommt es oft vor, dass der Bus nicht anhält.

Ca. einmal die Woche gibt es einen Deportationsbus in die süditalienische Stadt Taranto.

Vor etwa einem Jahr haben Aktivist_innen begonnen, bei der Grenze ein „Frühstück“ anzubieten, das mittlerweile täglich und auch den ganzen Tag lang stattfindet. Dort können die Freigelassenen essen, trinken, ihr Handy laden und sich vor allem Hinweise zu Orten für rechtliche Unterstützung besorgen. Außerdem ist das eine Möglichkeit ins Gespräch zu kommen und Polizeigewalt zu dokumentieren. Täglich erfahren die Aktivist_innen von Fällen physischer Gewalt, Diebstahl des Eigentums, dem Nicht-anerkennen oder Entsorgen der Papiere Minderjähriger oder dem Zerstören französischer Dokumente. In den ersten zwei Maiwochen 2019 kam vermehrt Polizei zu dem Frühstücks-Spot und verbot letztendlich die Ausgabe jeglicher Versorgung. Die wachsende Repression und Einschüchterung auch gegen die Aktivist_innen zeigt sich immer deutlicher.

Repressionen gegen Aktivist_innen

Anfang April gab es sechs Verhaftungen mit dem Vorwurf des Menschenhandels von Aktivist_innen von Roya Citoyenne, der französischen aktivistischen Gruppe anarchistischer Renter_innen und solidarischer Bürger_innen der Region. Sie wurden alle von Polizei in schwerer Ausrüstung um 6





Uhr morgens zu Hause festgenommen. Bei einigen wurde wüst das Haus durchsucht, die Laptops und Handys beschlagnahmt. Teilweise waren Kinder anwesend. Die Inhaftierten wurden nach ca. 40 Stunden Haft und Befragungen entlassen. Es gibt kein weiteres Verfahren.

Außerdem gibt es verbale und physische Übergriffe durch faschistische Bürger_innen. Mitte April wurde ein Aktivist zuhause von 15 jungen Menschen überfallen. Sie waren teilweise mit Messern bewaffnet und zerstörten alle Fenster seines Hauses und sein Fahrzeug. Er selbst wurde von Wurfgeschossen verwundet, erlitt ein Schädeltrauma und verlor das Bewusstsein.

An bekannten Wanderwegen wurden Wildfallen aufgestellt, nachdem ein Jäger der Region das Frühstücks-Team verbal angegriffen und seinen Missmut mit der Unterstützung geäußert hat.

Das „Salvini-Dekret“

Durch das „Dekret für Einwanderung und Sicherheit“ wird das Bleiberecht aus „humanitären Gründen“ faktisch abgeschafft. Das führt dazu, dass ein Viertel aller Asylbewerber_innen in die Illegalität getrieben werden. Die Regierung verbietet es den Gemeinden, diese Personen weiterhin im Einwohnendenregister zu führen. Infolgedessen haben diese Menschen keinen Zugang mehr zu Behörden, Schulbildung, Ärzt_innen und Krankenhäusern.

Nach dieser Änderung können sie auch keine legale Arbeit mehr aufnehmen. Gleichzeitig wird die Ausweisung der Migrant_innen, die keine Dokumente haben, erleichtert. Das neue Dekret sieht vor, dass Geflüchtete max. sechs Monate Zeit haben, um ihren rechtlichen Status abzuklären. In dieser Zeit dürfen sie nur noch in großen Auffangzentren wohnen. In Abschiebelagern dürfen Menschen von nun an anstatt 90 Tage 180 Tage festgehalten werden.

Gleichzeitig erweitert das Gesetzespaket auch die Befugnisse der Polizei, so wird darin der Einsatz von Elektroschock-Pistolen erlaubt. Auch werden die Bedingungen gelockert, unter welchen der Staat besetzte Häuser räumen darf. Das rechte „Salvini-Dekret“ nennt die Verhinderung von „illegaler Immigration“ in einem Atemzug mit dem Schutz vor Terrorismus und Mafia-Kriminalität.

Mehrere Bürgermeister_innen haben dagegen protestiert, dass ihre Kommunen jetzt die „Salvini-Dekrete“ durchsetzen müssen. Ihnen droht Innenminister Salvini, er werde sie zum Rücktritt zwingen und ihre Gemeinden zwangsweise durch den Staat verwalten lassen. Schon im Oktober hatte er den Bürgermeister der italienischen Stadt Riace unter Hausarrest stellen lassen und rund 200 zufrieden dort lebende Migrant_innen zur Umsiedlung in mehrere Lager gezwungen.

Ventimiglia

The city of Ventimiglia with about 25,000 inhabitants is in the north of Italy, next to the Mediterranean. On the one hand this is an idyllic, touristic region, on the other hand it has been an escape route for years and years for those who seek to cross the border to France.

The last years there used to be an unofficial camp on the side of the city, underneath a highway bridge. At some points, like the summer of 2017 and the summer of 2018, there were living up to 500 refugees, outside or in tents. By now the number of refugees visible on the street dropped heavily. There are different reasons for that: the eviction of the camp in April of 2018; the debate and criminalization of sea rescue; the new law from the Italian Department of the Interior.

In Ventimiglia, there are different groups active to support refugees. There are some official organiza-

tions like the Red Cross and the Caritas. Their accommodations are outside the city, there is always a lot of police present and there is no private space for anyone. Also, there are irregularly working Oxfam, Save the children and Médecins du Monde. The activist groups are always present, above all there is Kesha Niya Kitchen, supported mainly by the French group Roya Citoyenne and the Italian group Progetto 20 K. Since the eviction, most of the refugees sleep outside at the train station, on the street, on the beach or outside the city. The circumstances are especially dangerous for people in vulnerable situations.

Imprisonment at the border

Refugees, who are caught after 6pm in a region of 10 km next to the border by French police are pushed back without legal process. Overnight they are imprisoned in a container, without access to food, sleeping places and in precarious hygiene standards. Between the prison at the border, the next train station in Ventimiglia and the camp are about 8-12 km. On Sundays there is no bus at all, but also on the oth-



er days it often wouldn't stop to take people. About once a week there is a deportation bus going to the South-Italian town Taranto.

About a year ago activists started to offer breakfast, by now it has become regular every day and lasts all day long. There, the people coming out of the prison can get food, drinks, charge their phones and – most importantly – get information about places to get legal support. Also, the breakfast is a possibility for the activists to get in touch with the refugees, get information and report police violence. Daily, the activists hear about physical violence, robbery of the property, how the police do not accept documents or destroy those of minors or dispose French papers. In the first two weeks of May of 2019 the number of police increased heavily, in the end they banned the activists from handing out anything. The repression and intimidation against refugees as well as against activists are getting more constantly.

Repression against activists

In the beginning of April six activists from Roya Citoyenne, the French activist group of anarchist pensioners and solidarity citizens, have been imprisoned, facing accusations of human trafficking. All of them were arrested from police in riot gear at six in the morning. Some of the houses were wrecked, the laptops and mobile phones were confiscated. Partly, there were children present. The detained have been set free after 40 hours of jail and questioning. There is no ongoing trial.

Besides that, there are verbal and physical infringements by fascist citizens. In the middle of April, there was an assault on an activist in his home by 15 young people. Some of them were armed with knives, they destroyed all the windows and the car. The activist was wounded by a projectile, had a severe head trauma and lost the conscious.

A hunter verbally attacked the team of the breakfast about giving support, after that, on well-known trails were put traps for wild animals.

The "Salvini decree"

With the "decree for immigration and safety" there is no right to stay for people for "humanitarian reasons". That leads to illegalizing a quarter of the asylum seekers. The government forbids the municipalities to register the refugees as inhabitants. By that, people with those statuses don't have any access to authorities, departments, schools, doctors



or hospitals and there is no legal way to get work. At the same time this simplifies the deportation of migrants without papers.

This new decree says that refugees have 6 months as a maximum to clarify their legal status. In that period, they are only allowed to live in big reception camps. In deportation camps now people can be held not 90 days but 180 days. At the same time this new decree expands the authorization of the police regarding their weapons, it now allows the use of a taser. Further, the conditions under which the state can evict squatted houses are lowered. The right-wing "Salvini decree" mentions the prevention of "illegal immigration" together with the protection from terrorism and organized crime by the mafia.

Several mayors protested to impose the measures of the decree in their municipalities. To those, Salvini threatens to force them to resignation and lead the communities by the state. Already last October he gave house arrest to the mayor of the Italian town Riace and forced the 200 migrants living happily in that town to move to different camps.

From a humanitarian point of view, it is very valuable what you are doing. But sadly it is against the law.

quote from an Italian police man at the border, Ventimiglia 2019

Ceuta. Zurück ins Niemandsland.

Das folgende Interview wurde mit einer Person („P.“) geführt, die vor 17 Jahren über den Grenzzaun von Ceuta nach Europa gekommen ist. Seither hat die Person in verschiedenen europäischen Ländern gelebt und gearbeitet. (Artikel zuerst erschienen in FIASKO N° 4 9/2018)

FIASKO: Wie bist du nach Europa gekommen?

P.: Ich komme aus Nigeria. Ich fuhr mit einem Auto von Nigeria nach Niger, dann von Niger nach Libyen, nein Algerien, dann von Algerien benutzte ich ein andere Auto bis nach Marokko. In Marokko versuchte ich herauszufinden, wie ich nach Europa kommen kann.

FIASKO: Also hast du die Grenze bei Ceuta überschritten?

P.: Ja, als ich in Marokko war, gab es eine Massenüberschreitung. Wenn du Geld hast, kannst du für die Überschreitung bezahlen, aber wenn du kein Geld hast, kannst du dich mit Menschen dort zusammen tun. Die kennen den Weg, du kannst mit ihnen gehen. Einige versuchten schon vier oder fünf Mal den Zaun zu überwinden, deshalb kennen sie den Weg. Manchmal suchen sie noch Leute, die mit ihnen kommen. Ich fand solche Menschen und schloss mich ihnen an. So konnte ich das wenige Geld, das ich hatte, behalten. Wir gingen in den Wald und dort bei der Grenze stießen wir auf mehr Leute. Sie sagten, dass sie in zwei Tagen nachts eine Massenüberschreitung planen. Die Leute machen dort immer Massenüberschreitungen. Nach zwei Tagen stürmten wir auf den Zaun. Der Stacheldraht war schon heruntergerissen, denn die Leute, die zuerst gingen, haben ihn weggenommen. Aber die Guardia Civil war bereits da. Nachdem wir den Zaun überklettert hatten, beschossen sie uns mit Gummischrot. Sie trafen viele von uns. Sie verfolgten uns auch mit Hunden. Die Hunde fingen einige Menschen. Die Menschen zerstreuten sich. Nachdem wir uns zerstreut hatten, waren wir noch zu viert unterwegs.

FIASKO: Wie lange dauerte die ganze Reise?

P.: Ich brauchte ungefähr ein Jahr von Nigeria bis Ceuta. Aber ich lebte für ein paar Monate in Algerien...

FIASKO: Wie verhielt sich die Guardia Civil in Ceuta?

P.: Sie sind immer an der Grenze. Wenn du die Gren-

ze überqueren möchtest, kontrollieren sie dich, dann bringen sie dich zu den marokkanischen Behörden zurück.

FIASKO: Wie bereiteten sich die Menschen für die Grenzüberquerung auf der marokkanischen Seite vor? Gingen sie in den Wald und warteten dort auf eine gute Gelegenheit?

P.: Nein, die meisten Menschen bereiteten sich in der Stadt, in der sie wohnten, vor. Sie wohnten in einer grossen Stadt. Denn die meisten grossen Städte Marokkos sind sehr nah. Zum Beispiel lebten wir in einer Stadt wie Tanger, Rabat oder Nador. Von diesen Städten dauert es ungefähr eine Stunde bis zur Grenze. Einige bevorzugten es auch, in der Grenzregion zu warten. Während des Tages versteckten sie sich im Wald und in der Nacht versuchten sie, die Grenze zu überqueren.

FIASKO: Was passierte, wenn die Polizei sie entdeckte?

P.: Wenn die Polizei sie fand, brachten sie sie ins Gefängnis und schafften sie zurück. In die Wüste, ins Niemandsland.

FIASKO: Was geschah, als du das Camp in Ceuta erreicht hast?

P.: Als ich dort ankam, tat ich mir selbst Leid, ich war so traurig. Ich konnte nicht glauben, dass ich dafür gekämpft habe, diesen Ort zu erreichen. Ich sah keine Veränderung. Dann sagte ich mir, wart erst mal ab, was noch passieren wird. Dann, mit der Zeit, begann ich zu sehen, wie sich die Dinge veränderten. Als ich aus dem Camp heraus kam und nach Spanien ging, sah ich den Unterschied.

FIASKO: Wie lange warst du im Camp, bevor du auf das spanische Festland kamst?

P.: Ich war eineinhalb Monate dort.

FIASKO: Und dann wurdest du auf das spanische Festland gebracht?

P.: Nein, sie gaben mir einfach eine Fahrkarte nach Algeciras. Sie gaben mir auch ein bisschen Geld. Mit dem Geld konnte ich hinfahren, wohin ich wollte, zu meinem Ziel.

FIASKO: Was denkst du heute über Ceuta?

P.: Inzwischen ist Ceuta sehr gut. Die Dinge dort haben sich verändert, das System wurde geändert. Vieles ist jetzt besser. Nicht so wie früher.

FIASKO: Und die Überquerung der Grenze?

P.: Es ist sehr schwierig die Grenze dort zu überqueren. Niemand überquert heutzutage diese Grenze, es ist zu schwierig. Ich weiss nicht wie die Leute

heutzutage dort die Grenze überqueren. Es ist nicht einfach. So wie wir es machten, macht es niemand. Sie haben alles geändert. Aber manche schaffen es dennoch.

FIASKO: Du hast gesagt, du hast fünf mal versucht den Zaun zu überqueren und beim fünften Mal hat's geklappt. Was geschah die anderen Male?

P.: Als ich auf der spanischen Seite geschnappt wurde, wurde ich zurück nach Marokko gebracht. Sie übergaben mich den marokkanischen Behörden, die steckten mich ins Gefängnis und dann brachten sie mich ins Niemensland. Dann bin ich zurückgegangen.

FIASKO: Und die anderen Male schnappte dich die marokkanische Polizei?

P.: Nein, die fingen mich nicht. Manchmal kamen wir nahe an den Zaun. Die spanische Polizei sah uns manchmal nicht. Wir konnten sehr nahe heran gehen, ohne dass sie uns sahen. So harrest du dann während Stunden aus und denkst, der Typ wird irgendwann müde werden und dann kann ich rüber gehen. Aber sobald sie dich sehen, musst du wieder gehen. Es ist wie in einem Film. Aber die spanischen Polizist*innen, die nehmen ihre Arbeit ernst. Nicht so wie die Marokkaner*innen, die machen gar nichts auf der marokkanischen Seite.

Ceuta. Back to no-mans-land.

The following interview was held with a person ('P.') who crossed the fence of Ceuta 17 years ago to get into Europe. Since then, this person lived and worked in different European countries.

(Interview first published in FIASKO N° 4 9/2018)

FIASKO: How did you reach Europe?

I come from Nigeria. I used the car from Nigeria to Niger, then from Niger to Libya, no to Algeria, then from Algeria, I used another car to Morocco. Then in Morocco, I was looking for a way to get to Europe.

FIASKO: So then you crossed the border to Ceuta?

Yeah, when I was in Morocco, there was a mass crossing. If you have money, then you pay for the crossing, but if you don't have money, you can meet some people there. They know the way, you can go with them. Maybe they already tried five times, four times, that's why they know the way. Sometimes, they are looking for people to come with them. I saw some people like that and I joined them. So I could keep the small money I had. We went to the bush and there at the border I found more people. They said, maybe in two days time, in the night, they will go for the mass crossing. People always cross with mass crossings. After two days, we did the mass crossing. The barbed wire was already down, because the people, who went there first, they made the wire go down. But the guardia civil, they were there too, so after we passed the fence the guardia civil was shooting rubber balls at us. They shot many people. They also ran after us with dogs. The dogs caught people. The people scattered, you know, so when we scattered, we only remained four people.

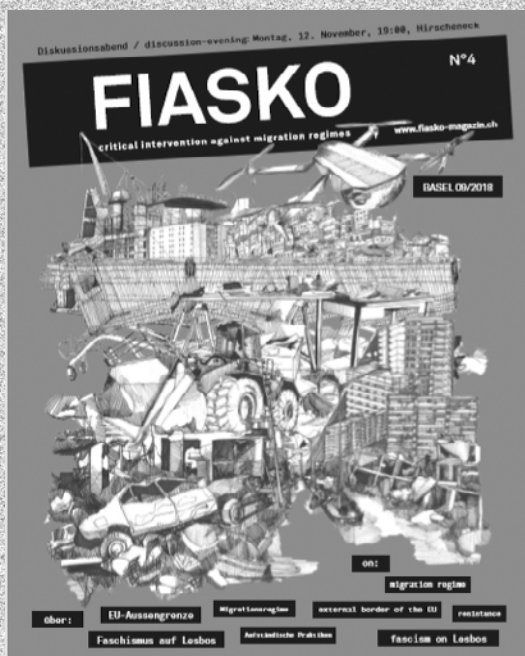
FIASKO: How long did the whole journey take you?

P.: The journey took me about one year to get into Ceuta. All the way from Nigeria, but I've been living in Algeria for some months.

FIASKO: How was the Guardia Civil acting in Ceuta.

P.: They are always staying in the broder. When you are coming to pass the border, they control you, then they catch you and bring you back to the Moroccans.

FIASKO: How do people prepare for crossing the border on the Moroccan side? They go in the forest and stay there?



P.: No, most of the people, they prepare right from the town they live in, maybe you live in a big city. Because most of the big cities of Morocco are very close, you know. Mostly we live in a city like Tanger or Rabat or Nador. From those places, it will take you maybe one hour to the border. Some people also like to stay in the border region. During daytime they hide in the bush and in the night they try to cross the border.

FIASKO: What happens if the police finds those people?

P.: When the police finds them, they take them to the prison and then deport them back. To the desert, the no-mansland.

FIASKO: What happened, when you reached the camp in Ceuta?

P.: When I reached there, I felt so sorry, so sad. I didn't believe, that this is the place, that I was fighting to come to. I didn't see any change. then I said to myself, let me just see, what will happen. Then slowly, I started to see, that things are changing. When I moved out of the camp and went to Spain, I saw the difference.

FIASKO: How long did you stay in the camp until you reached the mainland of Spain?

P.: I stayed like one and a half month.

FIASKO: And then they brought you to the mainland of Spain?

P.: Yeah, they... no, they just gave me a ticket, until Algeciras. They also gave me some money with me. This money could take me to any place, to my destination.

FIASKO: How is crossing the border in Ceuta nowadays?

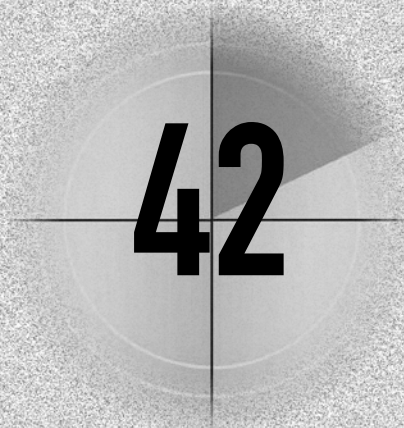
P.: To cross there is very hard. People are not crossing there nowadays, it's too hard. I don't know how people can get in there today. It's not easy to pass there. Nobody passes the way we passed. They have changed everything. But some people are still passing.

FIASKO: You said you tried five times to cross the fence and the fifth time it worked? What happened the other times?

P.: When the spanish side caught me, they brought me back to the Morrocans. They gave me to the Morrocans, they put me in the prison and then to the Nomansland. Then I came back again.

FIASKO: And the other times you were caught by the Morrocan Police?

P.: No they didn't catch me. You know sometimes, you come close to the fence. Sometimes the spanish people, they don't see you. Sometimes, you can get close to them and they don't see you. So when you're there like that, waiting for three or four hours, thinking that this guy maybe is going to be tired, then you can try to enter, but when they see you, you have to go back. It's like a film there. The Spanish, they really work there, but the Morrocans, no, they do nothing there in the Morrocan part.



42

Frontex auf neuer Mission: Die neue Verordnung vereitelt Menschenrechte

Am 17. April 2019 verabschiedete das Europäische Parlament eine neue Verordnung, die die Europäische Grenzschutzagentur Frontex (European Border and Coast Guard Agency) in ihren Aufgaben, Befugnissen und organisatorischen Strukturen grundlegend umgestaltet. Die vermehrte Rückführung von Geflüchteten, als oberstes Ziel im ersten Artikel festgeschrieben, ist Europas einzige und brutale Antwort auf die noch nicht gelöste "Migrationsfrage".

Ausgangssituation dabei ist, dass ab dem Frühjahr 2015 vermehrt Migrant*innen nach Europa kamen, um Schutz, bessere Lebensbedingungen oder Zukunftsperspektiven zu suchen. Die durch den Schengener Kodex offenen Grenzen der Balkanroute wurden jedoch im März 2016 praktisch geschlossen, um

die Ankommenden davon abzuhalten in die oftmals angestrebten westeuropäischen Länder zu gelangen. Systematisch wird dort das Non-Refoulement Gebot, Schutzbedürftige an den eigenen Grenzen nicht zurück zu weisen, verletzt, um dem fremdenfeindlichen Rechtsruck in den Mitgliedsstaaten Rechnung zu tragen. Seitdem gibt es hier kein Vor, kein Bleiben und kein Zurück. Für die Geflüchteten eine hoffnungslose und tatsächlich ausweglose Situation. Eine Lösung in Form einer europäischen Neuregelung des Common European Asylum System (CEAS) liegt seit langer Zeit brach, weil die Mitgliedsstaaten sich nicht einigen konnten. Also soll die neue Verordnung den „Stau“ ab sofort und in Zukunft auflösen.

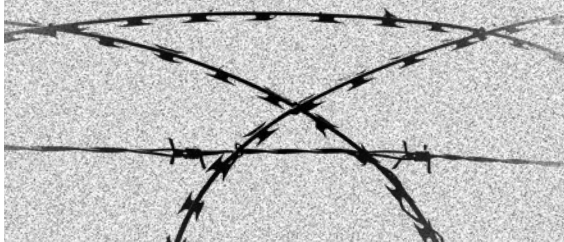
Kernelement des darin festgeschriebenen neuen Aufgabenfeldes von Frontex ist das Unterstützen von Drittländern bei der Entscheidung über die Schutzbedürftigkeit von Geflüchteten, sowie die Organisation von Rückführungen bei deren Ablehnung. Hinzu kommt die personelle und finanzielle Aufstockung der Grenzschutzagentur, da sie ein umfassenderes Aufgabenfeld erhält, um die Maßnahmen umsetzen zu können. Konkret bedeutet das einen Zuwachs an Personal bis 2027 auf 10.000 Mitarbeiter*innen und eine Erweiterung des États für den Zeitraum von 2021-2027 auf insgesamt 34,9 Milliarden Euro. Frontex setzt sich dabei aus Mitarbeiter*innen der Agentur (EU-Beamt*innen) und aus den Mitgliedsstaaten entsandten Teams zusammen. Bisher wurde Frontex nur in Mitgliedsstaaten des Schengenraumes tätig, wenn eine rechtsstaatliche Entscheidung dieses Staates über die Einreise bzw. den Aufenthalt im Land vorlag. Nun kann Frontex auf eigene Initiative auch in Drittländern aktiv werden. Vorbereitung, durch Bereitstellen entsprechender Informationen, und Beratung für Rückführungsentscheidungen, sowie deren Ausführung obliegt Frontex. Die Rückführungsentscheidung wird somit rein formell vom Drittland vorgenommen, was allein einer Umgehung des europäischen Grundrechtsschutzes dient.

Dabei haben Frontex-Angestellte eine generelle Ausführungserlaubnis für alle Grenzkontrollen und Zurückweisung betreffenden Maßnahmen, die eigentlich den jeweiligen Staaten vorbehalten sind, was einen offensichtlichen Bruch des Schengen Kodex darstellt. Der Zugang zu einem Asylverfahren kann somit einfach vereitelt werden. Dies ist auch

zu erwarten, da die Beamt*innen keine spezielle Ausbildung haben, um die Schutzbedürftigkeit von Menschen erkennen zu können und die gesamte Neustrukturierung auf die Verhinderung der Einreise von „illegalen Migranten“ gerichtet ist.

Weiterhin ist von der Einrichtung von „Frühwarnsystemen“ die Rede. Auf Grundlage von Datensätzen von EUROSUR und „Risikoanalysen“ soll angezeigt werden, wann sich größere Menschenmengen in Bewegung setzen, um illegal die Grenze zu überqueren. Die Teams haben dann den Auftrag dies zu verhindern. Die Rhetorik des Gesetzes lässt damit keinen Zweifel an der Menschenfeindlichkeit des ganzen Vorhabens.

Zur Durchführung dieser Operationen sollen so genannte kontrollierte Zentren errichtet werden. Der Gesetzestext besagt nicht, ob diese offen oder geschlossen sein werden und ob eine Errichtung auch in Drittländern möglich ist. Mit großer Wahrscheinlichkeit werden die Zentren, in denen Asylverfahren innerhalb von 8 Wochen durchgeführt werden sollen, den griechischen und italienischen Hotspot-



camps in Hinblick auf Überlastungen, miserablen Lebensbedingungen, systematischen Rechtsverletzungen und den Ausschluss von sozialer Teilhabe in nichts nachstehen.

Eine Haftungslücke führt zudem dazu, dass es für Betroffene keinen Rechtsschutz gibt. Die Beamt*innen unterstehen in Drittländern den Weisungen von diesen, welche nicht an die EU-Grundrechtecharta gebunden sind. Alle Staaten in Europa gehören zwar zur EMRK, diese enthält allerdings kein Recht auf Asyl, sodass vor dem EGMR hinsichtlich der Rückführung nicht geklagt werden kann. Eine Klage vor dem EuGH zur Überprüfung der Rechtmäßigkeit des Handelns von Frontex ist für die Betroffenen unmöglich, da die Entscheidung formal von einem Nicht-EU-Staat getroffen wurde und die Rückführung auf dessen Weisung erfolgte.



Außerdem sieht die Verordnung den Einsatz von Gewalt (Pfefferspray, Schlagstöcke und als ultima ratio der Einsatz von Feuerwaffen) als legitimes Mittel zur Durchsetzung der Aufgaben vor. Überschreitet jedoch jemand die Grenzen der verhältnismäßigen Gewaltanwendung, ist auch ein Strafverfahren ausgeschlossen: Frontex-Beamt*innen genießen im Drittland Immunität, ebenfalls eine Anzeige im jeweiligen Entsendestaat ist ausgeschlossen, ein europäisches Strafverfahren gibt es nicht.

Auch außergerichtliche Einrichtungen versprechen keinen Schutz: Ein*e Grundrechtsbeauftragte*r und ein Beschwerdemechanismus zur Verhinderung und Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen sind weitgehend wirkungslos, da dies eine rein interne und damit nicht unabhängige Überprüfung von Vorfällen bedeutet.

Bei der Verabschiedung der Verordnung hatten die Abgeordneten vor allem die Balkanländer im Blick, um die innereuropäischen Grenzen zu öffnen. Es gibt aber keine regionale Einschränkung, sodass einer Anwendung in Libyen oder der Türkei in Zukunft rechtlich nichts im Wege stünde.

Für die Verordnung wird mit der absurden Annah-

me argumentiert, man würde durch das Tätigwerden von EU-Beamt*innen in anderen Ländern den eigenen Grundrechtsschutz exportieren. Ihr eigentliches Ziel besteht allerdings darin, Menschen aus Nicht-EU-Ländern abzuschieben bevor sie EU-Territorium betreten.

Stellvertretend dafür verlief die Debatte im Europäischen Parlament, in der kaum die Rede von den Menschenrechten der Geflüchteten war. Dagegen wurde immer wieder die Wichtigkeit der inneren Offenheit der EU betont. Geflüchtete werden somit in unwürdige Lebenssituationen (zurück)gebracht, damit die Unionsbürger*innen frei reisen können.

Die Verordnung ist somit ein neuer Ausdruck einer rassistischen und eurozentristischen Weltanschauung. Auch wenn im Gesetz immer wieder der Einklang mit EU-Recht, internationalem Recht und Menschenrechten beschrieben wird, ist die praktische Anwendung dagegen immanent menschenrechtsverletzend. Die Verabschiedung dieses Gesetzes macht die neue Qualität des Rechtsrucks in der EU sichtbar.

InEUmanity

Frontex on a new mission: The new regulation thwarts human rights

On the 17th of April of 2019, the European Parliament adopted a new Regulation radically reshaping the tasks, powers and organizational structures of the European Border and Coast Guard Agency (Frontex). The increased deportation of fugitives, the primary objective of which is laid down in the first article, is Europe's only and brutal response to the still unresolved "migration issue". The initial situation is that from spring 2015 onwards more and more migrants came to Europe to seek protection, better living conditions or future prospects. However, the borders of the Balkan route open by the Schengen Code were practically closed in March 2016 in order to prevent arrivals from reaching the often desired Western European countries. The Non-Refoulment commandment not to reject those in need of protection at their own borders is systematically violated in order to take account of the xenophobic shift to the right in the member states. Since then, there has been no forwards, no stays and no backsliding. For the fugitives this is a hopeless and indeed hopeless situation.

A solution in the form of a new European regulation of the Common European Asylum System (CEAS) has been lying idle for a long time because the member states could not reach agreement. So the new regulation is supposed to resolve the 'congestion' immediately and in the future.

The core element of Frontex's new field of activity is to support third countries in deciding on the need for protection of refugees and to organize repatriations in the event of their refusal. In addition, there will be an increase in the staffing and financial resources of the Border Management Agency, as it

will be given a more comprehensive remit to implement the measures. In concrete terms, this means an increase in staff to 10,000 (wo)men by 2027 and an increase in the budget for the period 2021-2027 to a total of 34.9 billion euros. Frontex is made up of agency staff (EU officials) and teams seconded from the Member States.

Until now, Frontex has only been active in member states of the Schengen area if a constitutional decision by this state on entry or stay in the country was available. Frontex can now also become active in third countries on its own initiative. Frontex is responsible for the preparation, provision of relevant information and advice on repatriation decisions and their implementation. The repatriation decision is therefore formally taken by the third country, which alone serves to circumvent the European protection of fundamental rights.

Frontex employees have a general authorization to carry out all border controls and measures relating to rejection, which are actually reserved for the respective states, which is an obvious breach of the Schengen Code. Access to an asylum procedure can therefore simply be thwarted. This is also to be expected, as the Member State Teams have no special training to be able to recognize the need for protection of people and the entire restructuring is aimed at preventing the entry of "illegal migrants".

There is also talk of setting up 'early warning systems'. On the basis of EUROSUR data sets and 'risk analyses', it is to be indicated when large crowds of people set off to cross the border illegally. The teams then have the task of preventing this. The rhetoric of the law thus leaves no doubt about the misanthropy of the whole project.

So-called controlled centres are to be set up to carry out these operations. The text of the law does not say whether they will be open or closed and whether they can also be set up in third countries. It is very likely that the centres in which asylum procedures are to be carried out within eight weeks will be as bad as the Greek and Italian hotspot camps in terms of congestion, miserable living conditions, systematic violations of the law and exclusion from social participation.

A liability gap also means that there is no legal protection for those affected. In third countries, civil servants are subject to directives issued by third countries which are not bound by the EU Charter of

Fundamental Rights. Although all states in Europe belong to the ECHR, it does not contain any right to asylum, so that no action can be brought before the ECHR regarding repatriation. An action before the European Court of Justice to review the legality of Frontex's actions is impossible for the persons concerned, since the decision was formally taken by a non-EU state and the repatriation took place on its instructions.

In addition, the Regulation provides for the use of force (pepper spray, blows, as a last resort, the use of firearms) as a legitimate means of enforcing the tasks. However, if someone exceeds the limits of the proportionate use of force, criminal proceedings are also excluded: Frontex officials enjoy immunity in the third country, no complaint can be filed in the sending country and there is no European criminal procedure.

Even extrajudicial institutions do not promise any protection: A Commissioner for Fundamental Rights and a complaint mechanism for the prevention and clarification of human rights violations are largely ineffective, as this means a purely internal and thus not independent examination of incidents. When the regulation was adopted, MEPs focused above all on the Balkan countries in order to open up internal

European borders. There is no regional restriction, however, so that nothing would stand in the way of application in Libya or Turkey in the future .

The regulation is argued on the basis of the absurd assumption that EU officials working in other countries are exporting their own standard of protection of fundamental rights. Their real aim, however, is to deport people from non-EU countries before they enter EU territory.

This was exemplified by the debate in the European Parliament, in which there was hardly any mention of the human rights of refugees. On the other hand, the importance of the internal openness of the EU was repeatedly stressed. Fugitives are thus (re) brought into unworthy life situations so that EU citizens can travel freely.

The Regulation is therefore a new expression of a racist and Eurocentric worldview. Even though the law repeatedly describes compliance with EU law, international law and human rights, its practical application, on the other hand, is an immanent violation of human rights. The adoption of this law makes visible the new quality of the shift to the right in the EU.

InEUmanity

Mehr Infos und Solidaritäts-Netzwerk // More infos and solidarity network

Border Violence Monitoring:

www.borderviolence.eu

Bordermonitoring:

bordermonitoring.eu

Welcome2Europe:

w2eu.info

Moving Europe:

moving-europe.org

Watch the med Alarmphone:

[/watchthemed.net](http://watchthemed.net)

Forschungsgesellschaft Flucht & Migration:

ffm-online.org

Migrant Solidarity Group Hungary (Migszol):

www.migszol.com/blog

Free the Röske 11:

www.freetheroske11.weebly.com

„Are You Syrious“:

www.facebook.com/areyousyrious

Open Eyes Balkanroute:

www.openeyes.ch

NoBorderNoProblem:

nobordernoproblem.org

Center for Legal Aid – Voice in Bulgaria (CLA):

www.centerforlegalaidd.com

Antifa Bulgaria:

www.facebook.com/AntifaBulgaria

„Open the Islands“ Greece:

www.opentheislands.wordpress.com

NoBorderKitchen Lesbos:

www.noborderkitchenlesvos.noblogs.org

Clandestina (Thessaloniki):

www.clandestinenglish.wordpress.com

Ubuntu Wahhada (Thessaloniki):

www.ubuntu-wahhada.espivblogs.net/en

Refugees to Refugees R2R Solidarity Call Center (Thessaloniki):

www.callcenter.coop/en

„No Border Camp Thessaloniki 2016“:

www.facebook.com/No-Border-Camp-Thessaloniki-2016-981068598674265

You can't evict Solidarity:

www.cantevictsolidarity.noblogs.org

Insurrection News:

insurrectionnewsworldwide.com

Bulletin Magazine Thessaloniki:

www.facebook.com/Bulletinmag

Fiasko Magazine Schweiz:

<https://www.fiasko-magazin.ch/>

No Border Morocco:

<https://beatingborders.wordpress.com/>

Migrant Solidarity Group Calais:

calaismigrantsolidarity.wordpress.com

Foundation for Access to Rights (FAR):

www.farbg.eu/en/who-we-are

HarekAct Turkey:

harekact.bordermonitoring.eu

Göçmen Dayanışma Ağı / Migrant Solidarity Network Turkey:

gocmendayanisma.org

spendenkonto // bank account for donations

empfänger // receiver:

Rote Hilfe e.V./ OG Hannover

IBAN:

DE42 4306 0967 4007 2383 57

BIC:

GENODEM1GLS

BANK:

GLS Bank

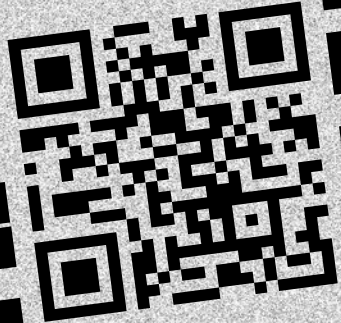
can't evict solidarity



betreff // purpose:

contact

cantevictsolidarity@riseup.net
cantevictsolidarity.noblogs.org



CANDY